

# Militarismus und Antimilitarismus heute

Beiträge zum  
12. Dresdner Symposium  
*Für eine globale Friedensordnung*  
am 17. November 2007

DSS–Arbeitspapiere

---

Heft 89 – 2008

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

Die Projektgruppe *Globale Friedensordnung* dankt der Kulturakademie Dresden für die erwiesene Gastfreundschaft und die ihrem Dresdner Symposium gewährten ausgezeichneten Arbeitsbedingungen.

Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

**Vertrieb:** Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

## Inhalt

JÜRGEN HOFMANN	Zur Militarismusanalyse im Werk von Wilhelm Liebknecht	3
WOLFGANG SCHELER	Wesenszüge und Erscheinungsformen des heutigen Militarismus	13
ENDRE KISS	Über den Wandel des Kriegsphänomens im Zeitalter der Globalisierung	24
ERNST WOIT	Söldner-Militarismus im 21. Jahrhundert	32
HORST SYLLA	Wie Phönix aus der Asche – Militarisierung der BRD	41

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 31. Januar 2008

Kostenbeitrag: 3,00 Euro

Jürgen Hofmann

## Zur Militarismusanalyse im Werk von Wilhelm Liebknecht<sup>1</sup>

Die auf dieser Konferenz anberaumte Debatte zu *Militarismus und Antimilitarismus heute* sollte es sich gönnen, den Blick auf Ereignisse vor einhundert Jahren zurückschweifen zu lassen. Damals musste sich Karl Liebknecht vor dem Reichsgericht in Leipzig für seine Schrift *Militarismus und Antimilitarismus* verantworten. Er konnte das im Bewusstsein einer politischen, intellektuellen und familiären Tradition tun.<sup>2</sup> Sein Vater Wilhelm Liebknecht war 35 Jahre zuvor ebenfalls in Leipzig gemeinsam mit August Bebel und Adolph Hepner in einem Hochverratsprozess wegen seiner Kritik am deutsch-französischen Krieg juristisch gemäßregelt worden. Ich möchte mit meinem Vortrag an den Beitrag erinnern, den bereits Wilhelm Liebknecht für eine marxistische Analyse des Militarismus geleistet hat.<sup>3</sup> Sein Sohn konnte daran anknüpfen und die Überlegungen ausbauen.

Es hatte Aufsehen erregt, als sich Wilhelm Liebknecht gemeinsam mit August Bebel inmitten des patriotischen Taumels des soeben erklärten deutsch-französischen Krieges am 21. Juli 1870 bei der Bewilligung der Kriegsanleihe von 120 Millionen Taler im Norddeutschen Reichstag der Stimme enthielten. Selbst in der eigenen Partei stieß das nicht nur auf Zustimmung. Eigentlich wollte Wilhelm Liebknecht den Kriegskredit strikt ablehnen. Doch Bebel konnte ihn für eine Stimmenthaltung gewinnen, um dem Verdacht einer einseitigen Parteinahme für Napoleon III. vorzubeugen.<sup>4</sup> „Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu einem großen Bruderbunde zu vereinen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären“<sup>5</sup>, hieß es in ihrem schriftlich eingereichten motivierten Votum. Dieses Schlüsselereignis begründete eine Tradition des Kampfes gegen

---

<sup>1</sup> Diese Ausarbeitung beruht auf einem zweiteiligen Artikel, *Imperialismus, Politik und Ideologie*, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Z., Heft 67/2006, 68/2006.

<sup>2</sup> Siehe dazu A. Laschitza, Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin 2007.

<sup>3</sup> Siehe auch Vortrag zum gleichen Thema auf der Konferenz zum 100. Jahrestag des Erscheinens von Karl Liebknechts Schrift *Militarismus und Antimilitarismus* am 19.10.2007 in Leipzig. Erscheint demnächst in der Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

<sup>4</sup> Siehe W. Tschubinski, Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973, S. 113 ff.

<sup>5</sup> Motiviertes Votum der Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Bebel in Sachen der 120-Millionen-Kriegsanleihe, in: Wilhelm Liebknecht, Gegen Militarismus und Eroberungskrieg, Aus Schriften und Reden, bearb. von G. Hofmann u.a., Berlin 1986, S. 37.

Krieg und Militarismus in der Arbeiterbewegung, deren Wirkungen keineswegs auf Deutschland beschränkt blieben und bis in die Gegenwart reichen.<sup>6</sup> Eine ähnliche Gewissensentscheidung hatte sein Sohn Karl 1914 zu treffen. Von dessen Nein zu den Kriegskrediten ging ebenfalls eine Signalwirkung aus.

Doch zurück zu Wilhelm Liebknecht. Der Kampf gegen Kriegsrüstung und Militarismus blieb ein bevorzugtes Thema, dem er sich mit Sachkenntnis und Leidenschaft innerhalb und außerhalb des Parlaments immer wieder stellte. Leider hat sich die Forschung diesem Aspekt seines Wirkens bisher nur selten zugewandt. Seit der Arbeit von Kurt Adamy aus dem Jahre 1968 ist keine neue spezielle Untersuchung mehr vorgelegt worden.<sup>7</sup> Wie zahlreich die Reden und Schriften Wilhelm Liebknechts zu dieser Thematik sind, deuten zwei Auswahleditionen an. Die erste besorgte Wolfgang Schröder 1976 für den Leipziger Reclam-Verlag.<sup>8</sup> Die zweite auf unser Thema zugeschnittene wurde 1986 von Gudrun Hofmann und Annette Kuntsch im Dietz Verlag Berlin vorgelegt.<sup>9</sup> Sie enthält nur einen Bruchteil seiner verstreuten Arbeiten und Äußerungen zu Militarismus und Krieg. Eine größere wissenschaftliche Wilhelm-Liebknecht-Edition ist leider bislang nicht zustande gekommen. Dabei hätte der theoretisch begabte, erfahrene und sprachgewandte sozialistische Politiker und Publizist eine solche durchaus verdient. Das Fehlen von gesammelten Reden und Schriften erschwert die Analyse zu speziellen Fragen des politischen und publizistischen Wirkens dieses herausragenden Mitbegründers der sozialistischen Bewegung.

Dieser Beitrag will keinen Abriss des antimilitaristischen Kampfes Wilhelm Liebknechts geben. Vielmehr sollen die Auffassungen Liebknechts über den Militarismus und dessen Wirkungen auf die Gesellschaft näher beleuchtet werden. Dennoch soll darauf verwiesen werden, dass die aus eigener Lebenserfahrung gespeiste Aversion gegen Preußen und Bismarcksche Politik eine nicht unwesentliche Triebkraft seiner Kritik am Militarismus war.<sup>10</sup>

---

<sup>6</sup> Siehe u.a. Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf um den Frieden 1848 bis 1964. Dokumente, Berlin 1964; H. Bock und M. Thoms (Hrsg.), Krieg und Frieden im Wandel der Geschichte von 1500 bis zur Gegenwart, Berlin 1989; R. und W. Wimmer, Friedenszeugnisse aus vier Jahrtausenden, Leipzig, Jena, Berlin 1987.

<sup>7</sup> Siehe K. Adamy, Der antimilitaristische Kampf Wilhelm Liebknechts gegen den preußisch-deutschen Militärstaat (1870/71 bis 1890), Phil. Diss., Potsdam 1968.

<sup>8</sup> Siehe W. Schröder (Hrsg.), Wilhelm Liebknecht. Kleine politische Schriften, Leipzig 1976.

<sup>9</sup> W. Liebknecht, Gegen Militarismus und Eroberungskrieg, a.a.O.

<sup>10</sup> Siehe W. Schröder, Wilhelm Liebknecht, in: Gestalten der Bismarckzeit, Berlin 1978.

Zunächst eine prinzipielle Bemerkung zum Begriff des Militarismus. Er wurde als politischer Begriff in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts zur Charakterisierung des Regimes Napoleon III. geprägt und später auf die Kennzeichnung reaktionärer Systeme mit repressiver Struktur nach innen und expansiven Bestrebungen nach außen übertragen. Wilhelm Liebknecht knüpfte an dieses zeitgenössische Verständnis von Militarismus an.<sup>11</sup> Obwohl der Begriff des Militarismus in der politischen Publizistik bereits weit verbreitet war, fand er erst am Ende des 19. Jahrhunderts Erwähnung in den Konversations-Lexika, die sonst mit Platz für Begriffe aus dem Militärwesen nicht geizten.<sup>12</sup> Noch in den 1950er Jahren finden sich lexikalische Deutungen, die den Begriff des Militarismus als *Schlagwort von unklarer Bedeutung* zu entwerten suchen.<sup>13</sup> Wilhelm Liebknecht hingegen hatte eine sehr klare Vorstellung von dem, was unter Militarismus zu subsumieren war.

Der Freischärler von 1849 war kein prinzipieller Gegner von militärischer Organisation und militärischer Gewalt. Sein Plädoyer für Wehrhaftigkeit und das Milizsystem verweist auf ein grundsätzlich anderes Verständnis von Militärorganisation. Dafür kann u.a. exemplarisch die Reichstagsrede vom 02.03.1895 stehen, in der er ein demokratisches Militärsystem einfordert.<sup>14</sup> Eine tiefe Abneigung erfüllte ihn jedoch gegen das preußische Militär, was aus seiner süddeutschen Herkunft und den Ereignissen von 1848/49 verständlich wird, als er nur durch Zufall der Exekution entging.

Bei einer Durchsicht der Arbeiten Wilhelm Liebknechts fällt auf, dass die kritische Bezugnahme auf das System stehender Heere Ausgangs der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts mit Beginn der 70er durch die Verwendung des komplexen Militarismus-Begriffes abgelöst wird. Später werden beide Begriffe von Liebknecht oft synonym verwendet. In einer Reichstagsrede im März 1892 spricht er direkt vom Militarismus als „vom System stehender Heere“.<sup>15</sup> Im Milizsystem sieht er eine der Möglichkeiten, den Gegensatz von Militär und

---

<sup>11</sup>Zur Entwicklung und zu Erscheinungsformen des Militarismus siehe u.a. P. Bachmann, K. Zeisler, *Der deutsche Militarismus*, Bd. 1, Vom brandenburgisch-preußischen zum deutschen Militarismus, *Illustrierte Geschichte*, 2. Aufl., Berlin 1986; V. R. Berghahn (Hrsg.), *Militarismus*, Köln 1975; G. A. Craig, *Die preußisch-deutsche Armee 1640 - 1945. Staat im Staate*, Düsseldorf 1980; *Preußen. Versuch einer Bilanz*, Bd. 3, Preußen. Zur Sozialgeschichte eines Staates, Eine Darstellung in Quellen, bearb. von P. Brandt unter Mitwirkung von Th. Hofmann und R. Zilkenat, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 35 ff und 324 ff.

<sup>12</sup>Siehe Brockhaus' *Konversations-Lexikon*, 14. vollständig neu bearbeitete Auflage, Leipzig 1894, Bd. 11.

<sup>13</sup>Siehe *Das Bertelsmann Lexikon in vier Bänden*, Gütersloh 1954.

<sup>14</sup>Siehe W. Liebknecht, a.a.O., S. 207 ff.

<sup>15</sup>Ebenda, S. 168.

Gesellschaft aufzulösen. „Beseitigung des Militarismus und Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung. Kein besonderer Wehrstand, dessen Existenz sich mit Friede und Freiheit nicht verträgt: Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger“<sup>16</sup>, fasst er seine Vision anlässlich der Reichstagswahl 1871 zusammen.

Wilhelm Liebknechts Begriff des Militarismus bezog sich jedoch nicht nur auf die Formen der Militärorganisation im engeren Sinne. Er charakterisiert den Militarismus als einen „notwendigen Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems“, als „ein notwendiges Produkt der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse“<sup>17</sup>. „Wir, die wir den Militarismus von Anfang an prinzipiell bekämpft haben, sagten sofort: Hier ist nichts zu bessern, hier muss das System geändert werden“<sup>18</sup>, bekräftigt er 1892. Vor allem die Symbiose zwischen dem Bismarckschen Deutschen Reich und dem Militarismus steht im Zentrum seiner Polemik. „Der Militarismus aber, dessen Last uns erdrückt“, schreibt er anlässlich der Reichstagswahl 1881, „gehört organisch zum System Bismarck, das zu seinem Fortbestand eines ungeheuren stehenden Heeres sowohl nach außen als auch nach innen bedarf.“<sup>19</sup>

Dem preußisch-deutschem Reich prophezeit er wegen dessen Ursprungs „mit fatalistischer Notwendigkeit den gewaltsamen Untergang“<sup>20</sup>. „Auf dem Schlachtfeld geboren, das Kind des Staatsstreichs, des Krieges und der Revolution von oben, muss es ruhelos von Staatsstreich zu Staatsstreich, von Krieg zu Krieg eilen und entweder auf dem Schlachtfeld zerbröckeln oder der Revolution von unten erliegen. Das ist Naturgesetz“<sup>21</sup>, so Wilhelm Liebknecht ein Jahr nach der Reichsgründung. Dennoch verstand er Militarismus keineswegs nur als preußisch-deutsches Phänomen. In einem Artikelentwurf vom März 1893 spricht er vom Militarismus als einem „internationalen Monarchen“, als einem richtigen „Weltherrscher“, der auf die Anklagebank gehört. „Der Angeklagte heißt Militarismus und ist der klassische Ausdruck des Blut- und-Eisen-Systems, der modernen Barbarei, in welche die faulende und verzweifelte kapitalistische Gesellschaft zurückgefallen ist und die Menschheit zurückzuwerfen droht“<sup>22</sup>, notiert er.

---

<sup>16</sup>Ebenda, S. 93.

<sup>17</sup>Ebenda, S. 119, 186.

<sup>18</sup>Ebenda, S. 168.

<sup>19</sup>Ebenda, S. 90.

<sup>20</sup>Ebenda, S. 72.

<sup>21</sup>Ebenda, S. 72, 73.

<sup>22</sup>Ebenda, S. 182.

Für Wilhelm Liebknecht bleiben Militarismus und Krieg Produkte der kapitalistischen Klassengesellschaft und ihrer Ausbeutungsverhältnisse und deshalb stets mit der sozialen Frage verknüpft. Immer wieder verweist er darauf, „dass der Militarismus die naturnotwendige Folge unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist, dass die kapitalistische Gesellschaft seiner als Schutzwall gegen den andringenden Sozialismus bedarf und dass die Vernichtung des Militarismus eine utopische Hoffnung ist, solange die kapitalistische Gesellschaft dauert“.<sup>23</sup> Aus seiner Sicht kann „allein die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dem Militarismus ein Ende machen und den Frieden unter den Völkern herbeiführen“<sup>24</sup>. Die Losung, „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, wird von ihm unermüdlich propagiert. Sie steht sowohl für das sozialdemokratische Verhältnis zum Kapitalismus, als auch zum Militarismus und zum Kaiserreich.<sup>25</sup>

Zu den Charakteristika des Militarismus gehört zweifelsohne seine disziplinierende, deformierende und normierende Funktion nach innen. Auf das Zusammenspiel von Schule und Kaserne geht Wilhelm Liebknecht u.a. in der Schrift *Wissen ist Macht – Macht ist Wissen* vom Februar 1872 ausführlicher ein. Dort heißt es: „Die Volksschule ist die Vorschule der Kaserne, die Kaserne die Fortbildungsschule der Volksschule. Ohne den Schulmeister kein Unteroffizier! Wer je auf einem Exerzierplatz gewesen ist und dem Drillungsprozess, der Anfertigung von Menschenmaschinen zugeschaut hat, wird mir zugeben, dass nur dressierte Geschöpfe sich diesem Prozess unterwerfen können. Mit Menschen, echt menschlich gebildet, zur Unabhängigkeit erzogen, wäre er einfach unmöglich.“<sup>26</sup> Demzufolge sind für ihn Soldatenmisshandlungen nicht etwa zufällige lokale Entgleisungen einzelner Vorgesetzter, sondern „eine notwendige Frucht des blinden Gehorsams“ und „ein organisches Produkt des Militarismus“.<sup>27</sup>

Die Durchdringung nahezu aller Bereiche der Gesellschaft wurde durch das System der Militäranwärter begünstigt. Die Zivilversorgungsscheine eröffneten ausgesonderten Militärangehörigen den Weg in subalterne Stellungen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Dieser Personenkreis übertrug wie

---

<sup>23</sup>Ebenda, S. 149.

<sup>24</sup>Ebenda, S. 188.

<sup>25</sup>Siehe A. Laschitza, Sozialdemokraten kontra Kaiserreich, *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!*, in: H. Bock und M. Thoms, a.a.O., S. 237 ff.

<sup>26</sup>W. Liebknecht, a.a.O., S. 68.

<sup>27</sup>Ebenda, S. 166.

selbstverständlich militärische Gepflogenheiten in die Zivilverwaltung. Ganze Generationen wuchsen unter der Fuchtel ausgedienter Unteroffiziere auf.

Es gehört zu den Verdiensten Wilhelm Liebknechts, Militarismus auch als ein kulturelles Problem, als generelle Gefahr für menschliche Kultur eindringlich beschrieben zu haben. „Der Militarismus ist der Kultus der rohen Gewalt“<sup>28</sup>, stellt er im Februar 1872 treffend fest. Im März 1893 skizziert er die Unvereinbarkeit von Militarismus und menschlicher Zivilisation: „Eine weite Kluft gähnt zwischen dem Geist des Militarismus und dem Geist der Neuzeit. Keine Brücke, die diese Kluft überspannt. Die Humanität, die Zivilisation gebietet, dass wir den Pfahl des Militarismus aus dem Fleische der modernen Kultur herausreißen.“<sup>29</sup> Obwohl der Militarismus Manieren der Neuzeit zur Schau trage, habe er den Geist längst weggeschwemmter Zeiten in sich. Der Zweck des Militarismus, Menschen zum Töten abzurichten, sei „vorkulturelle Barbarei“.<sup>30</sup> Militarismus, daran gibt es bei ihm keinen Zweifel, ist gegen die menschliche Natur, also antihuman und zivilisationsfeindlich. „Gewalt bringt keine Kultur, kann bloß Kultur zerstören“<sup>31</sup>, mahnt er in einer letzten Rede, kurz vor seinem Tode im Sommer 1900. Nur 14 Jahre später sollte der Erste Weltkrieg das auf erschreckende Weise bestätigen.

Mit besonderer Besorgnis beobachtet Wilhelm Liebknecht die geistigen Deformationen, die mit dem Militarismus einhergehen. „Und das Schlimmste ist: Die heranwachsende Generation wird so hirnerkrankt, dass ihr der nationale Dünkel und Nationenhass zur zweiten Natur wird, dass ein ganz elender Afterpatriotismus großgepöppelt wird, der mit Hundemut gegen die *Herren* im eigenen Lande sich wohl verträgt; ja diese erbärmliche Eigenschaft direkt fördert“, beklagt er 1894. Tatsächlich ging mit der Verstärkung des Heeres und der Aufrüstung eine ideologische Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten einher. Die Kriegervereine, die ursprünglich den Veteranen der Befreiungskriege von 1813/14 gewidmet waren, mutierten mehr und mehr zu Propagandainstrumenten, die öffentlichkeitswirksam Preußenmythos und Kaiserkult förderten. Die 1896 zur Einweihung des Kyffhäuserdenkmals angetretenen Abordnungen vertraten zum Beispiel 10.000 Kriegervereine mit 850.000 Mitgliedern. Am Ende des Jahrhunderts zählten solche Kriegervereine bereits über eine Million Mitglieder. Deren soziales Spektrum reichte vom

---

<sup>28</sup>Ebenda, S. 64.

<sup>29</sup>Ebenda, S. 184.

<sup>30</sup>Ebenda, S. 183 f.

<sup>31</sup>Ebenda, S. 223.

Beamten über den Gewerbetreibenden und Handwerker bis zum Arbeiter.<sup>32</sup> Wie stark der militärisch untersetzte Pseudopatriotismus auch in die Arbeiterbewegung hineinwirkte, wurde 1914 offenkundig.

Darüber hinaus wird Wilhelm Liebknecht nicht müde, die negativen sozialen und fiskalischen Wirkungen des Militarismus hervorzuheben. „Das System der stehenden Heere“, betont er auf dem 5. Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine 1868, „wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesamt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Teil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren seinem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Not und Massenverarmung.“<sup>33</sup> Die Debatten um den Etat bieten regelmäßig Gelegenheit, den Zusammenhang von Militarismus und Staatshaushalt heraus zu arbeiten. „Der Militarismus beherrscht den gesamten Etat; unser Reichsetat ist wesentlich ein Militäretat“, <sup>34</sup>konstatiert er im März 1892.

Die Kritik an den ruinösen Wirkungen des Militarismus teilte die bürgerlich-pazifistische Friedensbewegung. Im Aufruf des 4. Weltfriedenskongresses in Bern 1892 hieß es dazu: „Europa seufzt unter der Last der Militärausgaben, welche seine Einkünfte nutzlos aufzehren. Es kann seine sozialen Einrichtungen nicht verbessern, seine Industrie wird durch die unproduktiven Ausgaben gehemmt, und die durch Unsicherheit erzeugten Krisen treten immer häufiger und regelmäßiger auf.“<sup>35</sup> Bertha von Suttner, die Repräsentantin der bürgerlich-pazifistischen Friedensbewegung, hatte aufmerksam zur Kenntnis genommen, dass im Programm der Sozialdemokratie der Völkerfrieden oben stand. Sie übersandte Wilhelm Liebknecht ihren Roman *Die Waffen nieder*. Liebknecht bat um die Genehmigung zum Abdruck. So erschien Suttners Roman in 77 Fortsetzungen vom August bis November 1892 im *Vorwärts*, der immerhin eine Auflage von 50.000 Exemplaren hatte. Das trug wesentlich dazu bei, dass das zunächst wenig beachtete Werk zu einem internationalen Erfolgstitel wurde.<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup>Siehe Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 5, Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897, Berlin 1988, S. 404.

<sup>33</sup>W. Liebknecht, a.a.O., S. 32.

<sup>34</sup>Ebenda, S. 165

<sup>35</sup>R. und W. Wimmer, a.a.O., S. 104.

<sup>36</sup>Siehe M. Beyer, Berührendes Antikriegsbuch, in: Berliner Zeitung vom 22.06.1989. Die Autorin erwähnt irrtümlich nur 60 Folgen.

Zunächst war Wilhelm Liebknechts Verhältnis zur bürgerlich-pazifistischen Bewegung distanziert. Das lässt sich u.a. aus seinem Kommentar zum parlamentarischen Friedenskongress vom Juli 1890 deutlich ablesen. Für ihn bleibt die internationale Sozialdemokratie „der beste und einzige ernsthafte Friedensbund“<sup>37</sup>, eine Hoffnung, die ein knappes Vierteljahrhundert später schon keinen Bestand mehr hatte.

Wilhelm Liebknecht stellt klar, dass der Militarismus keine Bürgschaft für den Frieden bieten kann, vielmehr „jede neue Vermehrung der Militärlast ... auch eine Vermehrung der Kriegsgefahr“ mit sich bringen musste.<sup>38</sup> Weitsichtig verweist er auf die Konsequenzen, die sich aus der Entwicklung imperialistischer Massenheere, der Entwicklung der Militärtechnik und den verstärkten Rüstungen ergeben mussten. Die Entwicklung am Ausgang des 19. Jahrhunderts trieb zwangsläufig zu einer neuen Dimension künftiger Kriege. „Soviel ist sicher: Es gibt keine raschen Entscheidungen und Triumphzüge mehr, weder nach Berlin noch nach Paris“<sup>39</sup>, hatte Friedrich Engels im Februar 1888 Wilhelm Liebknecht in einem Brief wissen lassen. Der greift Anregungen und Überlegungen von Friedrich Engels auf und zeichnet 1891 eine Vorahnung des Weltkrieges: „Im nächsten Kriege werden Millionen unter der Fahne stehen, Europa wird in Waffen starren, ganze Völker werden gegeneinander geworfen, ein Krieg, wie ihn die Weltgeschichte niemals gesehen, im Vergleich zu welchem der letzte französisch-deutsche Krieg ein Kinderspiel war ...“<sup>40</sup>. Dabei geht es ihm nicht nur um die stetig wachsenden Präsenzstärken der stehenden Heere, sondern auch um die dramatischen Folgewirkungen neuer Waffentechnik. „Und der nächste Krieg ...“, so Liebknechts Prognose, „wird sich eine neue Taktik zu schaffen haben, entsprechend der Revolution der Waffen und sonstigen Zerstörungs- und Mordmaschinen durch die moderne Technik.“<sup>41</sup> Wie Recht er hatte, zeigte der Verlauf des Ersten Weltkrieges mit seinen Vernichtungsschlachten in Flandern und vor Verdun sowie seinen zermürbenden Stellungskämpfen. Die Generalstäbe der beteiligten Armeen waren unfähig, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen.

Engels hatte bereits Ende 1887 konstatiert: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein

---

<sup>37</sup>W. Liebknecht, a.a.O., S. 151.

<sup>38</sup>Ebenda, S. 126.

<sup>39</sup>F. Engels an W. Liebknecht, 23. Februar 1888, in: MEW, Bd. 37, S. 30.

<sup>40</sup>W. Liebknecht, a.a.O., S. 161.

<sup>41</sup>Ebenda, S. 201.

Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit“.<sup>42</sup> Diese Passage seiner Einleitung zu Borkheims Broschüre über die Mordspatrioten von 1806 - 1807 erschien am 15. Januar 1888 im *Sozialdemokrat*, an dessen Gründung und Herausgabe Wilhelm Liebknecht maßgeblich beteiligt war. In einer Arbeit für den russischen *Sozial-Demokrat* kam Engels im Februar 1890 erneut zu dem Fazit, dass Europa „wie auf einer schiefen Ebene mit wachsender Geschwindigkeit abwärts, dem Abgrund eines Weltkrieges von bisher unerhörter Ausdehnung und Heftigkeit entgegen“ gleitet.<sup>43</sup> Da dieser Aufsatz ebenfalls in der *Neuen Zeit* erschien, dürfte er Wilhelm Liebknecht bekannt gewesen sein.

Der bisherige Stand der Forschung lässt es zurzeit noch nicht zu, den Anteil Wilhelm Liebknechts an der Analyse des Militarismus im Detail zu bestimmen. Vor allem fällt es schwer, die Rezeption der zeitgenössischen Debatte einschließlich der Anregungen, die von Friedrich Engels ausgingen, von originären Gedankengängen Wilhelm Liebknechts zu trennen. Doch allein die Tatsache, dass er als Journalist und Parlamentarier einer der aktivsten Streiter gegen den Militarismus war, weist ihm ein besonderes Verdienst zu. Viele Überlegungen hätten ohne Wilhelm Liebknechts einprägsame Vermittlung nicht so schnell den Weg in proletarische Haushalte und sozialistische Kreise gefunden.

Für ein Resümee dieses Beitrages gilt es festzuhalten: In den verschiedenen Äußerungen Wilhelm Liebknechts zu Militär und Kriegsgefahr tauchen alle Bausteine auf, die eine moderne Charakteristik des Militarismus ausmachen. Er verfügte bereits über ein erstaunlich komplexes und vielschichtiges Bild dieses Phänomens. Wir finden bei ihm den Aspekt der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung innen- und außenpolitischer Fragen, die zum Staatsprinzip werden, den Auf- und Ausbau von ständig präsenten Massenheeren, die Militarisierung wesentlicher Bereiche der Gesellschaft und ihre Unterordnung unter die Bedürfnisse des Militärwesens, die Sonderstellung militärischer Führungskräfte in Politik und Gesellschaft, die geistige Manipulation der Massen und die Förderung von Ideologien, die Kriege und Aggressionen begünstigen, sowie die damit verbundene kulturelle Deformation der Gesellschaft. Damit ist im Wesentlichen das gesamte Spektrum der marxistischen Militarismusdefinition umrissen, die aber ausschließlich auf die

---

<sup>42</sup>F. Engels, Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre *Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806-1807*], in: Marx/Engels: Werke (MEW), Bd. 21, S. 350. Zur Analyse der Kriegsgefahr durch F. Engels siehe auch Schröder, Kann Europa abrüsten?. Frühwarnungen vor Weltkriegsgefahr, in: H. Bock, M. Toms (Hrsg.), Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte von 1500 bis zur Gegenwart, Berlin 1989, S. 203 ff.

<sup>43</sup>F. Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, in: MEW, Bd. 22, S. 48.

kapitalistische Gesellschaftsordnung angewendet wurde.<sup>44</sup> Nicht erahnen konnte Wilhelm Liebknecht, dass der deformierte Sozialismus des 20. Jahrhunderts teilweise ebenfalls Elemente der Militarisierung der Gesellschaft hervorbringen würde.

**Autor:** Prof. Dr. Jürgen Hofmann,  
Berlin.

---

<sup>44</sup>Siehe Wörterbuch der Geschichte, Berlin 1983, S. 705 ff.

Wolfgang Scheler

## Wesenszüge und Erscheinungsformen des heutigen Militarismus

Haben wir es in der heutigen Welt mit Militarismus zu tun und wenn ja, worin besteht er? Wir können eine Antwort auf diese Frage nur finden, wenn wir uns zunächst über den Militarismusbegriff verständigen. Kann man die moderne kapitalistische Gesellschaft, namentlich die der westlichen Demokratien, als militaristisch bezeichnen? Oder ist vielleicht der Militarismusbegriff auf die heutige bürgerliche Gesellschaft nicht anwendbar? Hat sie nach den schlimmen Erfahrungen mit den Weltkriegen sich geläutert und das Militär unter demokratische Kontrolle gestellt und den militaristischen Geist ausgetrieben? Ist der Militarismus heute vielleicht in den USA beheimatet, oder in anderen Weltmächten, in Russland oder China? Und wir müssen uns fragen: Ist Deutschland in seiner gegenwärtigen gesellschaftlichen Verfassung ein militaristischer Staat?

Was ich feststelle, ist eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit dem Militarismusbegriff, wenn es um seine Anwendung auf heutige Gegebenheiten geht. Meist weicht man lieber auf andere Begriffe aus und benutzt den Ausdruck *Militarisierung*. Wir brauchen also eine Übereinkunft über die Verwendung der Begriffe *Militarisierung* und *Militarismus*. Wie verhalten sich diese Begriffe zueinander und welche passen auf welche Sachverhalte? Es geht dabei nicht nur um die für den wissenschaftlichen Diskurs notwendige logische Identität, sondern auch um das zutreffende und wirksame Wort in der Sprache der Politik.

Einfach scheint mir die Verständigung über Militarisierung von etwas, so der Gesellschaft, der Politik, des Denkens, der Sicherheit usw. Hier handelt es sich um einen Prozess, der darauf gerichtet ist, dem Militärischen in dem jeweiligen Kontext größeres Gewicht zu verleihen. Eine bestimmte Tendenz ist angesprochen, ein Vorgang quantitativer und qualitativer Veränderungen für das Wirken militärischer Sachverhalte in ideellen oder materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Begriffe *militarisierte Gesellschaft*, *militarisierte Politik*, *militarisierte Sicherheit* usw. stehen für ein fortgeschrittenes Stadium der Militarisierung in den genannten Bereichen.

### Zum Militarismusbegriff

Schwieriger wird es beim Militarismus-Begriff. Landläufig, also in der allgemeinen Vorstellung, hat Militarismus mit einer starken Stellung der Militärs in Politik und Gesellschaft zu tun, zugespitzt formuliert sogar mit dem Vorrang

des Militärischen vor dem Zivilen, mit Priorität militärischer Gewalt in der Politik und mit Dominanz militärischer Gesinnung im Kulturellen. Das kann man, denke ich, als erste Bestimmungen auf der empirischen Stufe der Erkenntnis nehmen. Um aber zur Stufe der theoretischen Erkenntnis aufzusteigen und das Wesen des Militarismus auf den Begriff zu bringen, fehlen noch wichtige Bestimmungen.

Unter dem Vorzeichen des Marxismus-Leninismus galt Militarismus als der politische Begriff für ein „reaktionäres politisches System herrschender Ausbeuterklassen zur Unterdrückung der Volksmassen des eigenen Landes (M. nach innen) und zur Verwirklichung ihrer Expansionspolitik ... (M. nach außen)... vorwiegend oder ausschließlich durch Androhung oder Anwendung gewaltsamer, d.h. militärischer Mittel“.<sup>1</sup> So steht es im *Wörterbuch der Geschichte*. Die Bestimmung *politisches System* wird also begrenzt auf ein reaktionäres, und es wird nur Ausbeuterklassen zugeordnet. Seine Funktion besteht danach in Unterdrückung oder Expansion mit gewaltsamen Mitteln, näher bestimmt als militärische Mittel. Nicht ganz in Übereinstimmung damit werden als die wichtigste Machtgrundlage des militaristischen Systems „die bewaffneten Kräfte des Staatsapparates der herrschenden Klasse (Heer, Luftwaffe, Kriegsmarine, Polizei, Gendarmerie u.a. Bürgerkriegsformationen), die nach Zahl und Ausrüstung zu extremer Stärke entwickelt werden“<sup>2</sup>, angegeben. Eine solche Bestimmung geht über die militärischen Mittel hinaus und bezieht auch andere bewaffnete Kräfte des Staates ein.

Eine weit drastischere Bestimmung findet sich im *Philosophischen Wörterbuch*. Militarismus ist danach „ein historisch bestimmter Typ der Klassenherrschaft“. Charakteristisch sei, „dass sich der Militarismus das gesamte wirtschaftliche, gesellschaftspolitische und kulturelle Leben unterwirft, wobei von einer zentralistischen Staatsgewalt aus nach dem Prinzip *Befehl – Gehorsam* mittels militärischer Organisationsformen und der Anwendung militärischer Gewalt eine aggressive Politik nach innen und außen betrieben wird.“ Noch darüber hinausgehend heißt es weiter, „dass die politische Interessenvertretung der herrschenden Ausbeuterklasse im Falle des Militarismus zur Einführung offener diktatorischer Regierungsform übergeht.“<sup>3</sup>

Hier handelt es sich meines Erachtens eindeutig um eine Überbestimmung des Militarismusbegriffs. Was definiert wird, ist ein spezieller Fall von Militarismus, zutreffend zum Beispiel für den faschistischen deutschen Militarismus. Offenbar ist weder dem Autor noch den Herausgebern aufgefallen, dass man,

---

<sup>1</sup> Militarismus, in: Wörterbuch der Geschichte, Berlin 1984, S. 705 f.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 706.

<sup>3</sup> Militarismus, in: Philosophisches Wörterbuch, Berlin 1974, S. 799.

wenn man das als allgemeinen Militarismusbegriff akzeptiert, nicht ohne Vergewaltigung der Tatsachen behaupten kann, der westdeutsche Militarismus habe „in direkter Traditionslinie alle wesentlichen Merkmale dieses Militarismus wiederbelebt.“<sup>4</sup>

Mit einem so definierten Militarismusbegriff können wir nicht viel anfangen, wenn es darum geht zu beurteilen, ob wir gegenwärtig sich vollziehende Militarisierungsprozesse als Erscheinungsformen von Militarismus zu verstehen haben. Worin also, so würde ich zunächst fragen, bestehen die allgemeinen Wesensmerkmale des Militarismus, die ihm, unabhängig von seinen historischen Erscheinungsformen, eigen sind? Dabei muss man natürlich berücksichtigen, dass auch die Begriffe ihre Geschichte haben und sich mit den Sachverhalten, die sie erfassen, verändern und entwickeln.

Nachdem uns Jürgen Hofmann über das Militarismusverständnis bei Wilhelm Liebknecht Aufschluss gegeben hat, möchte ich mich etwas eingehender auf das von Karl Liebknecht berufen. In seiner Schrift über *Militarismus und Antimilitarismus* fasst er Militarismus nicht so eng, wie wir es gemäß der Definitionen in den zitierten Wörterbüchern taten. Die von ihm gegebenen Wesensbestimmungen sind allgemeiner und reicher, und sie führen zu einem weiter gefassten Begriff.

Militarismus versteht Karl Liebknecht als Herrschaftsverhältnis in der Klassengesellschaft, als ein inneres und ein äußeres. Das ist die erste Wesensbestimmung, die wir festhalten können. Herrschaft aber ist weit mehr als Unterdrückung. Sie bedeutet auch Autorität und Anziehungskraft, der sich die Beherrschten nicht entziehen, Führung, der sie folgen und Einordnung in eine Gemeinschaft, der sie sich zugehörig fühlen.

Ganz wichtig erscheint mir, welchen Rang Liebknecht dem Militarismus unter den andern Herrschaftsverhältnissen zumisst. Er schreibt: „Der Militarismus ist eine der wichtigsten und energischsten Lebensäußerungen der meisten Gesellschaftsordnungen, weil in ihm der nationale, kulturelle und klassenmäßige Selbsterhaltungstrieb, dieser elementarste aller Triebe, am stärksten, konzentriertesten, ausschließlichen zum Ausdruck kommt.“<sup>5</sup> Liebknecht versteht also den Militarismus als Ausdrucksform vitaler Interessen, die sich aus einer Gesellschaftsordnung ergeben und die eine elementare Kraft entfalten, weil es um existenzielle Belange nationaler, kultureller Gemeinschaften und sozialer Gruppen geht. Das ist die zweite Wesensbestimmung, die die erste bereichert.

---

<sup>4</sup> Ebenda, S. 801.

<sup>5</sup> K. Liebknecht, *Militarismus und Antimilitarismus*, in: Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 1, S. 254.

Worin unterscheidet sich nun aber das Herrschaftsverhältnis Militarismus von anderen Herrschaftsverhältnissen? Liebknecht formuliert das Spezifische dieses Herrschaftsverhältnisses zusammenfassend an einer Stelle so: „Der Militarismus tritt danach auf: erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen, ... ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste“.<sup>6</sup> Das ist ein drittes Wesensmerkmal, das die beiden anderen spezifiziert und das Besondere dieses Herrschaftsverhältnisses benennt. Zu berücksichtigen ist dabei natürlich, dass Liebknecht für die Bestimmung der Spezifik des Herrschaftsverhältnisses Militarismus nur die Konkreta benutzen konnte, die seiner damaligen historischen Erscheinungsform entsprachen, und wir diese durch jene ersetzen müssen, die seinen heutigen Erscheinungsformen entsprechen.

Mit diesen drei Bestimmungen wird das Allgemeine, das Wesentliche des Militarismus auf den Begriff gebracht. Es ist dies sein invariantes Wesen gegenüber seiner historisch veränderlichen Form und Erscheinungsweise. Legen wir das als das Wesen des Militarismus zugrunde, erhalten wir einen weiter gefassten Militarismusbegriff als jenen, den wir früher verwendet haben. Mindestens zwei der Bestimmungen seines invarianten Wesens sind in unserem damaligen Militarismusbegriff gar nicht vorgekommen.

Wenn wir aber vor der Frage stehen, ob sich das, was sich in der Weltgesellschaft auf militärischem Gebiet heute tut, mit dem Begriff Militarismus belegen lässt, dann geht das nicht mit einem Begriff, der nur eine bestimmte historisch konkrete Erscheinungsform von Militarismus erfasst. In der Bundesrepublik haben wir natürlich, wie in anderen bürgerlichen Demokratien, nicht mehr eine Gesellschaft vor uns, die vom militärischen Geist durchdrungen ist wie in Preußen, wo der Mensch erst beim Leutnant anfing. Schon gar nicht ist sie eine Gesellschaft, die von einem in alle Lebensbereiche dringenden, extremen, chauvinistischen und mörderischen Militarismus geprägt ist, wie sie es im Faschismus war. Das Militär mit seinen vielfältigen Wurzeln und Verzweigungen in der Gesellschaft spielt heute in den westlichen Demokratien auch nicht mehr eine so eigenständige Rolle als politischer Machtfaktor, sondern ist tatsächlich eingebunden in den bürgerlichen Verfassungsstaat.

Das alles bedeutet jedoch nicht, dass es in diesen bürgerlichen Demokratien kein Herrschaftsverhältnis spezifisch militärischer Natur mehr gäbe, in dem der klassenmäßige und auch der nationale und kulturelle Selbsterhaltungstrieb der heutigen Gesellschaftsordnung am stärksten, konzentriertesten zum Aus-

---

<sup>6</sup> Ebenda, S. 308.

druck kommt. Heute fungiert es vor allem als ein äußeres, das die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Spannungsverhältnisse zwischen Staaten und Nationen betrifft.<sup>7</sup>

## **Militarismus der kapitalistischen Globalisierung im Atomzeitalter**

Wenden wir uns nun diesen Spannungsverhältnissen zwischen Staaten und Nationen in der heutigen Weltgesellschaft zu, die eben, wie ich meine, auch in einem neuen Militarismus in Erscheinung treten. Damit machen wir allerdings gleich den Sprung vom Allgemeinen zum Einzelnen und übergehen das Besondere. Dieses Besondere ist der kapitalistische Militarismus im Allgemeinen, und ich behandle jetzt eine besondere Form dieses kapitalistischen Militarismus, wie er auf der heutigen Stufe dieser Gesellschaft sich ausformt. Karl Liebknechts Arbeit untersuchte den kapitalistischen Militarismus, wie er vor hundert Jahren existierte, also eine besondere Form des kapitalistischen. Wir müssen den kapitalistischen Militarismus untersuchen, wie er in der heutigen Gesellschaft in Erscheinung tritt, also eine neue Form des kapitalistischen.

Erzeugt wird der Militarismus unserer Zeit, ich nenne sie die Periode kapitalistischer Globalisierung im Atomzeitalter, vor allem wohl von zwei wesentlichen Faktoren: von einem gesellschaftlichen und von einem wissenschaftlich-technischen.

Der gesellschaftliche Faktor ist die neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus. Sie ist noch nicht gültig auf den Begriff gebracht. Helfen können wir uns aber mit Charakterzügen wie Globalisierung und neuer Imperialismus, Vorherrschaft der Geldeliten in Form des spekulativen Finanzkapitals, Teilung der Welt in ausbeutende Metropolen und ausgebeutete Peripherie, darunter Monopolisierung der Energie- und Rohstoffquellen durch die Metropolen und Monopolisierung des Reichtums bei den internationalen Geldeliten sowie Kampf um die Alternative unipolare oder multipolare Weltordnung.

Den wissenschaftlich-technischen Faktor sehe ich in der neuen Phase der wissenschaftlich-technischen oder – wie sie auch genannt wird – der dritten industriellen Revolution. Sie hat uns ins atomare, kosmische und Informationszeitalter versetzt. Inzwischen hat ihre militärische Anwendung Waffen und Kriegsführungsfähigkeiten auf einer qualitativen Stufe hervorgebracht, die sogar das im Kalten Krieg erreichte Niveau weit übersteigt.

Nach meiner Auffassung ist der heutige Militarismus wesentlich ein Instrument der kapitalistischen Globalisierung, anders ausgedrückt, die auf High-

---

<sup>7</sup> Siehe ebenda, S. 254 f.

Tech-Niveau gebrachte Waffe des so genannten neuen Imperialismus. Wobei wir uns auch über den Imperialismusbegriff verständigen müssten. Ich denke, unsere historischen Erfahrungen und die jüngste Imperialismusdebatte<sup>8</sup> haben ergeben, dass es nicht richtig ist, Imperialismus, wie Lenin es tat und wir ihm darin folgten, als ein Stadium des Kapitalismus aufzufassen. Ich neige vielmehr zu der Auffassung, dass unter Imperialismus eine Politik zu verstehen ist, die auf die Schaffung oder Aufrechterhaltung imperialer Herrschaft gerichtet ist.<sup>9</sup>

Als Instrument des neuen Imperialismus tritt der heutige Militarismus vor allem in zwei wichtigen Funktionen in Aktion: Erstens erhält er weiterhin die Potenz zur Menschheitsvernichtung aufrecht, die er seinerzeit im Ost-West-Konflikt erlangt hatte. Zweitens unterwirft er, vor allem in Gestalt der militärischen Hypermacht der USA, die Weltmehrheit einem globalen Herrschaftsverhältnis.

An die Stelle des Konflikts der sozialen Systeme ist in der heutigen geopolitischen Konstellation der Konflikt der Großmächte getreten, die am atomar gestützten System konfrontativer Sicherheit festhalten. Zwischen den Vereinigten Staaten und Russland wird auch auf der Basis der gleichen kapitalistischen Ökonomie die Machtstellung in der globalen Rivalität weiterhin mittels eines Systems der garantierten gegenseitigen Vernichtung gesichert. Jetzt ist der Systemkonflikt entfallen, geblieben aber ist die atomare Vernichtungsfähigkeit. Der soziale Charakter des Konflikts von Antipoden hat sich gewandelt, sein militärischer Charakter aber ist derselbe geblieben.

Die noch größere Gefahr droht jedoch aus dem Streben der USA, durch eigene Unverwundbarkeit eine unipolare militärische Machtstellung zu erlangen. Aus dem makabren Gleichgewicht des Schreckens würde dann das fesselnde Gleichgewicht beseitigt und der Schrecken entfesselt. Das System der garantierten gegenseitigen Zerstörung, das rechtlich mit dem ABM-Vertrag gesichert worden war, schließt aus, dass eine der Konfliktseiten sich durch Antiraketen einer tödlichen Antwort auf einen Atomangriff entzieht. Es gilt das Prinzip: Wer als erster schlägt stirbt als zweiter. Wenn das auch ein gefährliches und brüchiges System atomarer Sicherheit ist, so lässt es doch immerhin nicht zu, im Atomkrieg zu siegen und macht ihn damit sinnlos. Würde es den USA, die das rechtliche Hindernis ABM-Vertrag schon aufgekündigt

---

<sup>8</sup> Siehe F. Deppe u.a., Der neue Imperialismus, Heilbronn 2004 und D. Harvey, Der neue Imperialismus, Hamburg 2005.

<sup>9</sup> Siehe H. Heiningen, Zur Geschichte der Imperialismustheorie. Krieg, neue Weltordnung und sozialistische Programmatik. 100 Jahre J. A. Hobson, Der Imperialismus, in: Marxistisches Forum, Heft 40/41.

haben, gelingen, ein funktionstüchtiges Raketenschild zu errichten, wären Sieg und Krieg gegen den Rivalen wieder möglich.

Halten wir uns all das vor Augen, so müssen wir konstatieren, dass der heute virulente Militarismus nicht ein milderer gegenüber dem vor hundert Jahren ist, sondern er ist ungemein bedrohlicher, schlimmer, grausamer und unmenschlicher. Und virulent ist er vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika und in anderen großen bürgerlichen Demokratien, und zwar, wie Rosa Luxemburg es ausdrückte, „in seinen beiden Formen – als Krieg und als bewaffneter Friede.“<sup>10</sup>

Dabei müssen wir also immer mit bedenken, dass der Zweck des Militarismus nicht der Krieg ist. Sein Zweck ist vielmehr grundsätzlich, Herrschaftsinteressen mittels der Fähigkeit zum Krieg durchzusetzen. Diese Fähigkeit ist auch im Frieden vorhanden, und ihr Zweck ist es, einen Frieden zu den eigenen Bedingungen zu erzwingen, entweder durch die Androhung militärischer Gewalt oder durch ihre Anwendung im Krieg. Es ist daher ein Frieden, der auf dem Widerspruch beruht, mit der Fähigkeit zum Krieg erkaufte zu sein, wie es der Kalte Krieg war. Außerdem zielt der durch militärische Macht erzwungene Frieden in der Regel auf einen ungerechten Frieden. Es ist ein Frieden durch militärische Abschreckung, durch militaristische Politik, gestützt auf die materiellen Formen von Militarismus – ein militaristischer Frieden.

Auch heute erzeugt der Militarismus der westlichen Führungsmacht bei den anderen Großmächten und vielen weiteren Staaten eine militärische Gegenwehr, die ebenfalls militaristische Formen annehmen kann, so wie es in Russland als dem Erben des sowjetischen Militär-Industrie-Komplexes ganz eindeutig sichtbar ist.

Mich beschäftigt deshalb der Gedanke, ob nicht Formen von Militarismus auch ursächlich aus dem Bestreben hervorgehen können, den aggressiven Militarismus anderer Staaten mit analogen militärischen Mitteln abzuwehren. Das nämlich liegt in der Natur eines Friedens durch militärische Abschreckung. Folglich muss bei der Beurteilung und Verurteilung des Militarismus auch unterschieden werden, was ist Aktion und was ist Reaktion. Folgt man dem Gedanken von Rosa Luxemburg, dass der bewaffnete Frieden eine der beiden Formen von Militarismus ist, hat das meiner Ansicht nach doch wohl zur Konsequenz, jene Formen der Militarisierung, die aus der Notwendigkeit entstehen, den Frieden mit militärischer Macht zu sichern, dem Begriff Militarismus zu subsumieren. Friedenssicherung durch militärische Macht enthält

---

<sup>10</sup>R. Luxemburg, Friedensutopien, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 489.

einen inneren Widerspruch, und eine seiner Erscheinungsformen äußert sich darin, dass er Formen von Militarismus erzeugt.

Im Rückblick ergibt sich hier die Frage: Wie verhält es sich eigentlich mit dem so genannten roten Militarismus? Wir haben früher, wenn den sozialistischen Staaten Militarismus vorgeworfen worden ist, das einfach per definitionem ausgeschlossen. Weil Militarismus ein reaktionäres politisches System der Ausbeutergesellschaft ist, kann das, was bei uns so ähnlich aussieht, doch gar kein Militarismus sein. Wir brauchen aber eine Antwort, die sich an Tatsachen hält. Sollten wir die Frage nicht besser aus einer Sicht beantworten, die zwischen verschiedenen Formen von Militarismus differenziert? Kam nicht der nationale, kulturelle und klassenmäßige Selbsterhaltungstrieb einer Gesellschaftsordnung auch bei der Sowjetunion in militaristischen Formen zur Geltung? War sie nicht ein hochgradig militarisierter Staat mit einer militarisierten Gesellschaft, und das nicht einmal allein aus äußeren Zwängen?

Die Sowjetmacht entstand in einer Hochzeit des imperialistischen Militarismus und musste sich seiner erwehren. Lenin forderte von Anfang an eine revolutionäre Militärorganisation, die der bürgerlichen ebenbürtig ist. Diese Leistung vollbrachte die Sowjetunion, und nur auf militärischem Gebiet wurde sie ebenbürtig. Dem Diktum von Engels, der Sozialismus bedeute „Spren- gung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Armeen *von innen heraus*“<sup>11</sup>, entsprach die sowjetische Gesellschaft ganz und gar nicht. Müssen wir nicht konstatieren, dass auch der staatsmonopolistische Sozialismus sowjetischen Typs aus äußeren und inneren Gründen Militarismus als ein Herrschaftsver- hältnis erzeugt hat? Hierüber neu nachzudenken und alle damit verbundenen Fragen zu erörtern, ist meines Erachtens nicht nur von historischem Interes- se, sondern bringt auch für die Beurteilung heutiger sicherheitspolitischer Prozesse einen Nutzen.

In unserer Zeit besteht das Herrschaftsverhältnis Militarismus ebenso wie früher erstens in der Fähigkeit, Herrschaftsinteressen mit militärischer Gewalt durchzusetzen und zweitens im politischen Willen, die geschaffene militäri- sche Macht gegebenenfalls zu gebrauchen. Ich unterscheide hier bewusst und betont zwischen Fähigkeit und Willen. Militarismus in seiner materiellen Form, als Militärapparat, also in handfester Form von Streitkräften und Rüs- tungsproduktion, entscheidet über das Können, über die militärischen Fähig- keiten. Militarismus in ideologischer Form, als militaristischer Geist, als Den- ken in den Kategorien militärischer Macht und des Krieges, entscheidet über das Wollen. Es hängt ab vom politischen Willen, erstens, ob und welche mili-

---

<sup>11</sup>F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 159.

tärischen Fähigkeiten geschaffen werden und zweitens, ob, wofür und wie sie angewendet werden.

So ist die anhaltende militärtechnische Revolution, die Revolution im Militärwesen, keine spontane Begleiterscheinung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Erst ein von der militaristischen Ideologie geprägter politischer Wille bewirkt, dass aus den von ihr erzeugten Produktivkräften ungeheure Kräfte der Destruktion werden. Die Revolution im Militärwesen wird bewusst von einer an ihr interessierten Politik in Gang gesetzt und in Gang gehalten.

Freilich sind die Triebkräfte für den heutigen Militarismus, wie immer schon, in ökonomischen Interessen zu suchen. Es handelt sich aber nicht um ein ökonomisches, sondern um ein politisches Verhältnis, um eine willentliche Schöpfung der Politik, die ökonomische Interessen konzentriert zum Ausdruck bringt. Rüstung oder Abrüstung, militärische Gewaltandrohung oder Gewaltverzicht, Militärintervention oder Landesverteidigung, Kriegführung oder Friedenssicherung usw., all das unterliegt der Willensentscheidung politischer Subjekte. Und der politische Wille zu solcher Entscheidung wird geformt von Gedankengebäuden und Theorien, von Wertvorstellungen und von durch Tradition verfestigten Überzeugungen, also von Ideologien.

In der westlichen Führungsmacht, so behaupte ich, dominiert derzeit die militaristische Ideologie das politische Denken der Funktionseliten.<sup>12</sup> Es ist ein Denken in den Kategorien der militärischen Macht, des Krieges und eines Friedens durch militärische Stärke in der konkreten Form der *pax americana*. In ihr gilt die Militärmacht als die stärkste aller Mächte und militärische Stärke als entscheidende Voraussetzung, um die Interessen der Vereinigten Staaten zu sichern und den amerikanischen Anspruch auf Führerschaft zu realisieren. Stichwortgeber und Träger dieser militaristischen Ideologie sind die so genannten Neocons, eine Gruppierung der politischen Krieger in der Machtelite der USA. Sie verfolgen eine Weltordnungsstrategie, die den globalisierten Kapitalismus durch ein amerikanisches Imperium, das nicht herausgefordert werden kann, dauerhaft sichern soll.<sup>13</sup> Überlegener militärischer Macht weist dieser neue Imperialismus die Schlüsselrolle zu. Damit geben die amerikanischen Neocons die Stichworte und beeinflussen in starkem Maße das politische Denken der so genannten politischen Klasse in den NATO-Staaten, was natürlich nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung bleibt.

---

<sup>12</sup>Siehe W. Scheler, Die Dominanz der Kriegsideologie in der neuen Phase des Kapitalismus, in: Ideologie des neuen Imperialismus und ihre Positionen zu Krieg und Frieden, DSS-Arbeitspapiere, Heft 83, Dresden 2007, S. 30 ff.

<sup>13</sup>Siehe R. Rilling, Über eine starke Ökonomie und starke Politik, in: UTOPIEKreativ 169, 11/2004, S. 977.

Die Stärke der heutigen militaristischen Ideologie besteht darin, dass sie die Interessen der mächtigsten Staaten und der in ihnen herrschenden Kapitalgewaltigen bedient und deswegen Regierungen, Parlamente, Justiz und die Meinungsmacht der Medien größtenteils auf ihrer Seite hat. Die militaristische Ideologie hat aber auch eine Schwäche. Sie gerät in Widerspruch zur zivilen Lebensweise hoch entwickelter Gesellschaften, die eine Kriegsunwilligkeit und auch eine potenzielle Kriegsunfähigkeit der Bevölkerung erzeugt. Sie gerät deshalb mehr und mehr in Gegensatz zum Willen einer Bevölkerungsmehrheit, und zwar in dem Maße, wie die verkündeten Zwecke verfehlt werden und die Zumutungen für die betroffene Bevölkerung als untragbar empfunden werden.

Das ist der innere Widerspruch des Militarismus in unserer Zeit, und der wirkt selbst in die Streitkräfte hinein. So gaben bei einer Mitgliederbefragung des Bundeswehrverbandes 70 Prozent der Berufssoldaten an, ihnen würden Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen nicht ausreichend vermittelt. Und 74 Prozent der befragten Berufssoldaten würden ihren Kindern und anderen Nahestehenden den Dienst in den Streitkräften nicht empfehlen.<sup>14</sup> Wir sollten das als einen realistischen Ausgangspunkt für antimilitaristisches Wirken nehmen.

Abschließend möchte ich versuchen zusammenzufassen, worin die Grundzüge des Militarismus in seiner heutigen Erscheinungsform bestehen:

Erstens ist das der einflussreiche Militär-Industrie-Komplex, der in den mächtigsten Staaten auf Basis moderner Hochtechnologie weiter ausgebaut wird, einschließlich der vorrangig betriebenen Rüstungsforschung und des internationalen Waffenhandels.

Zweitens sind das die qualitativ gesteigerten atomaren und konventionellen Kriegsführungsfähigkeiten, die durch neuartige Waffen, durch die moderne Informationstechnik, den Vorstoß in die kosmische Dimension und die nahezu weltweit reichende Operationsfähigkeit der Streitkräfte erzielt worden sind und neue Struktur- und Organisationsformen der Streitkräfte erfordern.

Drittens schließlich sind das eine Militärpolitik und militaristische Ideologie, die diese neuen Potenzen aktiv in Militärstrategien und militärische Handlungen zur gewaltsamen Realisierung politischer Interessen umsetzen.

In dieser Dreifaltigkeit ist der Militarismus in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft ein Machtfaktor und zugleich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das gilt meines Erachtens auch für die Bundesrepublik Deutschland, ohne

---

<sup>14</sup>So rundum zufrieden ist bloß eine Minderheit, in: Die Bundeswehr, Heft 05/2007, S. 6.

dass sie deshalb eine militaristische Gesellschaft ist. Wir haben es aber mit einer Militarisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu tun, die für mein Verständnis dem Wesen nach eine neue Form von Militarismus ist.

Dafür spricht auch, dass die Bundesregierung im *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr* der Bundeswehr den Auftrag erteilt, die außenpolitische Handlungsfreiheit zu sichern.<sup>15</sup> Handlungsfreiheit gegenüber anderen Völkerrechtssubjekten durch militärische Macht erlangen zu wollen, heißt nichts anderes als Dominanz des Militärs in der Außenpolitik. Das aber steht im Widerspruch zu der Verpflichtung der UN-Charta, keine Gewalt anzuwenden oder anzuwenden. Außer, dass es völkerrechtswidrig ist, bedeutet es politisch, die Grundsatzentscheidung zu revidieren, die Deutschland in West und Ost nach dem Zweiten Weltkrieg, eingedenk der schlimmen Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus, getroffen hatte, nämlich das kriegerische Wesen abzulegen und militärische Zurückhaltung zu wahren.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland heute wieder in eine militaristische Außenpolitik verfällt, so als ob vergessen ist, wohin der Militarismus uns schon mehrfach geführt hat, dann werden wir erneut die schwerwiegenden Folgen zu tragen haben. Die Dinge beim Namen zu nennen und sich gegen den neuen Militarismus zur Wehr zu setzen, solange es noch nicht zu spät ist, darin sehe ich die Aufgabe eines zeitgemäßen Antimilitarismus.

**Autor:** Prof. Dr. Wolfgang Scheler,  
Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

---

<sup>15</sup>Siehe Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 70.

**Endre Kiss**

## **Über den Wandel des Kriegsphänomens im Zeitalter der Globalisierung**

Im Gegensatz zur Annahme ewiger Wahrheiten und unveränderlicher Tatbestände gilt Krieg und Kriegführung heute als *Pfahl im Fleische* der modernen und der postmodernen Welt bzw. der Globalisierung.

In vielen historischen Konstellationen gelangte man zu der evidenten Auffassung: Dies oder jenes ist historisch nicht mehr möglich, dies und jenes sei unvorstellbar geworden. In der Regel erwies es sich jedoch später immer, dass sich ein mehrfach schon als unvorstellbar angesehenes Phänomen trotzdem wieder ereignete. Trotz dieser Erfahrung von verfehlten Prophezeiungen scheint es uns, dass die Annahme, Globalisierung und Krieg, oder anders gesagt, Globalisierung und Kriegführung, dürften nicht mehr zusammengehen, keine Naivität ist. Was auf der Welt wäre denn stark genug, wirklich qualitativ neue Bedingungen und Lebensumstände zu schaffen, wenn nicht gerade die Globalisierung und die Universalität der globalen Kooperation im Zeichen der höchsten gegenseitigen Abhängigkeit?

Die bisherige Geschichte der Globalisierung (im ganz strengen Sinne lässt sich diese Geschichte erst ab 1989 datieren) erscheint aber selbst insgesamt als *Pfahl im Fleische*, als ein komplettes *Scheitern* des Konzepts vom Unmöglichwerden des Krieges. Sie ist auch dann noch ein zweifellos negativ auffallendes Phänomen, wenn wir die Globalisierung nicht als Metaphysik oder als Einbahnstraße auffassen und konkreten historischen Alternativen jederzeit ihre legitimen Freiräume zuschreiben.

Ein nahe liegender Grund dieser Diskrepanz zwischen Erwartungen und Realität lässt sich unschwer in der aktorischen Dimension der Globalisierung ausweisen.<sup>1</sup> Diese Dimension entsteht durch den stellenweise maßlos vergrößerten Aktionsradius der einzelnen globalen Akteure, der als ein wesenseigener Zug der neuen globalen Struktur gelten muss und der gerade nach den langen Jahrzehnten der kollektivistischen bzw. organisatorischen Integration im Osten wie auch im Westen so viele Überraschungen, wenn nicht gar Schocks, für die Bevölkerung hervorrief. Wenn man den vergrößerten Stellenwert der aktorischen Dimension in den Kriegen und Konflikten unserer Tage betrachtet, wird deutlich, dass dieses Element der direkte Auslöschungsfaktor dieser kriege-

---

<sup>1</sup> Über die aktorische Dimension siehe E. K. A. *globalizacio aktorai, az aktorok globalizacioja*, in: *Jöv kutatási körkép. Tanulmányok a jöv fenyköreb 1*, Budapesti Corvinus Egyetem, Jöv kutatási Tanszék, 2006.

rischen Auseinandersetzungen ist. Auf die Politik bezogen heißt das, dass führende politische Akteure unter den Bedingungen der Globalisierung über einen beträchtlichen Spielraum für die Entwicklung ihres Rollenverständnisses verfügen. Mit anderen Worten: Sie haben einen gewaltigen Spielraum, um ihre globale Rolle selber zu interpretieren und der so interpretierten Rolle auch selber Sinn zu geben.

In dieser oft in eigener Regie ausgeführten Sinngebung werden auch zufällige, willkürliche und kontingente Momente neben den notwendigen oder notwendig scheinenden Elementen sichtbar. Es geht dabei um ein vergrößertes Ausmaß der eigenen Entscheidungsfreiheit. Die alten Gewohnheiten funktionieren nicht mehr, die Grundlagen der Urteilsbildung werden unsicher. Das ist nicht unbedingt ein Fehler der heutigen Akteure, macht aber die theoretische Analyse noch schwieriger. Es ist und bleibt offen, ob hinter einer Entscheidung eine kleine, aber starke Interessengruppe oder die komplexen Überlegungen über die neuen Qualitäten der globalen Raum-Zeit-Verhältnisse oder gar die fortschreitende Verzeitlichung des Raumes stehen.<sup>2</sup>

Kriege oder Konflikte sind keine direkten Bestandteile einer Theorie der Globalisierung. In diesem Zusammenhang bestätigt sich jedoch wieder, dass ein wissenschaftliches Ergebnis, oder eine starke Hypothese, gleichzeitig nicht nur Endergebnis, sondern auch ein neuer Ausgangspunkt ist. Wenn man ein einigermaßen klares Bild von der Natur der Globalisierung hat, werden im Kontext auch deren Konsequenzen für Krieg und Frieden deutlich.

Allerdings schien es lange so, dass Globalisierung und die mit ihr verbundenen neuen historischen Fakten und Prinzipien die traditionellen Fragestellungen zu Krieg und Frieden endgültig veralten lassen. Die Welt von Auf- und Abrüstung, von Kriegen und traditionellen Ängsten und Hoffnungen im Zusammenhang mit Krieg und Frieden schien endgültig untergegangen zu sein. Als eine Welt des Vorgestern erschien sie im Jahr der historischen Wende 1989.

Anstatt zu einem historischen Gegenstand geworden zu sein, erscheinen Konflikte und Kriege inzwischen aber als immer alltäglichere Ereignisse. Dadurch entsteht der Ausgangspunkt für eine Reflexion, die auf die klassische Fragestellung von Clausewitz zurückgehen muss. Aus theoretischer Sicht lässt sich nämlich der Gegenstand Krieg allein nach der von Clausewitz entwickelten Logik thematisieren. Jeder andere Zugang wäre irreführend. Wäre Krieg nämlich nicht als Fortsetzung der Politik definiert, würde jeder Willkür Tür und Tor geöffnet. Die außerordentlichen Ereignisse des Krieges, vor allem

---

<sup>2</sup> Siehe A törteneti-tarsadalmi ter es idő a jövökutatás perspektivájából, in: Tarsadalmi ter, ido, teridő a jövökutatásban, Hrsg. E. Hideg, Budapest 2005, S. 07 - 27.

die zeitweilige Aufhebung der Moral und des Tötungs-Tabus, könnte man auch anders erklären. Diese Möglichkeiten würden aber die Relevanz von Clausewitz' Lösung nicht erreichen können.

Die Konflikte unserer Tage lassen sich eindeutig im Rahmen der Grundidee von Clausewitz über das Verhältnis von Politik und Krieg lösen. Allerdings erscheinen diese Konflikte in einer neuen Semantik und Begrifflichkeit.

Eine semantische Verschiebung ist erstens gleichzeitig auch ein Wechsel im sozialen Verhalten. Man redet anscheinend lieber von einem *fund raising* bei der Planung einer wissenschaftlichen Konferenz als davon, dass man gewisse Summen bei einflussreichen Akteuren erbittet. Man muss zugleich darauf aufmerksam machen, dass es nicht die soziale Realität ist, die anders wird, denn das Bedürfnis nach Geld bleibt unangetastet, sondern der von uns angestrebte Schein, denn wir sind es, die lieber als *fund raiser*, denn als Bittsteller in die Erinnerung unserer Gesellschaft eingehen wollen.

Zweitens ist so eine semantische Verschiebung unter dem Aspekt einer unabhängigen wissenschaftlichen Beobachtung, wie der Soziologie, auch ein selbständiges Phänomen. Zum Dritten ist aber so eine semantische Verschiebung auch eine deutliche Modifizierung des heuristischen Potentials und der heuristischen Ausrichtung einer wissenschaftlichen Terminologie.

Sinngemäß verstehen wir unter heuristischer Dimension eine Ausrichtung, die die mit dem Thema verbundenen wissenschaftlichen Forschungen unmittelbar beeinflusst. Durchaus demonstrativ zeigt die Größenordnung der Bedeutung der heuristischen Dimension etwa das Beispiel, dass jeder Konfliktforscher mit ruhigem Gewissen zu der These steht, *Konflikte sind unvermeidlich*, wohingegen er ganz gewiss die These, *Kriege sind unvermeidlich*, nicht mehr öffentlich vertritt. Mit der Kategorie Konflikte lassen sich andere Forschungen und Strategien realisieren als mit der des Krieges. Wie tief semantische Verschiebungen das heuristische Denken und die Heuristik der Praxis beeinflussen, hat George Orwell mit den sprachlichen Entdeckungen seines Romans *1984* in geradezu klassischer Weise deutlich gemacht.

Diese semantische Verschiebung – und das gehört auch in die Orwell'sche Phänomenenwelt – erzeugt auch eine inverse, entgegengesetzte Bewegung. Während Kriege und kriegsähnliche bewaffnete Auseinandersetzungen als Konflikte bezeichnet werden, erlebt man auf der anderen Seite eine deutliche Inflation des Begriffes Krieg. In dieser Inversion werden Konflikte niedriger, oder mittlerer Intensität oder beliebige andere Auseinandersetzungen als Krieg bezeichnet, etwa: Krieg gegen Kriminalität, Krieg für Rohstoffe, Krieg der Zivilisationen. Vom Wesen des Gegenstandes her, erscheint der *Krieg der Zivilisationen* als ein Phänomen, das je nach Zusammenhang als Krieg oder als

Konflikt bezeichnet werden kann. Hier kann die Semantik keine eindeutig positive Lösung finden. Vor unseren Augen wird aber vom Konflikt ein wirklicher Krieg. In diesem Fall schreibt die Semantik wieder vor, was in der Wirklichkeit passiert.

Eine weitere, heute noch schwer einzuschätzende Konsequenz der semantischen Verschiebung ist das mit dem Verschwinden des Begriffes Krieg eng zusammenhängende Verschwinden des Terminus Frieden. Zwar greifen wir hierbei nicht gleich auf Orwell zurück, es liegt aber auf der Hand, dass die Suspendierung des Wortes Frieden deutliche begriffspolitische und mediale Konsequenzen hat. Uns fällt auf, dass das Fehlen dieses Begriffes die Interpretation der konfliktreichen aktuellen Situation deutlich leichter macht, denn es würde gewiss schwer fallen und uns zynisch vorkommen, den Gesamtzustand als Friede zu bezeichnen. Es darf aber auch nicht unterschätzt werden, dass durch das Fehlen des Begriffes Frieden eine ganze Kultur bzw. kulturelle Aura in Vergessenheit geraten kann. Und das ist noch nicht alles. Durch das Verblässen der sprachlichen Präsenz des Begriffes Frieden büßt Frieden auch seine längst gewohnte normative Bedeutung ein.

Wie wir schon aus mehreren Perspektiven feststellen konnten, macht die semantische Verschiebung die permanenten Konflikte zum Bestandteil der Normalität. Sie suspendiert sie als Ausnahmezustände und katapultiert sie in den Bereich bürgerlicher Normalität. Nicht nur für die öffentliche Meinung gehört es zur Normalität, wenn etwa von Kollateralschäden einer militärischen Intervention die Rede ist. Auch für eine neue, ebenfalls voll anerkannte Gruppe von Berufen und Missionen bedeuten Konflikte, und erst recht bewaffnete Konflikte, die neue Normalität des beruflichen Alltagslebens, wobei sie dann ihrerseits als organisierte Berufsgruppen in den bewaffneten Konflikten ein neues Arbeitsfeld wahrnehmen können.

Der hybride Charakter des aktuellen Tatbestandes lässt sich in diesem Zusammenhang ebenfalls nachweisen. Während eine systematische Vorbereitung auf Konfliktmanagement in dieser Situation nicht als problematisch angesehen werden kann, erscheint die Gefahr, das Risiko, der bewaffnete Konflikt als nicht mehr nachgefragtes Arbeitsgebiet für junge Talente.

Internationale Kriege bzw. Konflikte bestehen aber nun auch nicht mehr aus zwei Kontrahenten. Diese Konflikte rufen auch eine dritte Seite auf den Plan, die Vertreter und Repräsentanten der internationalen Öffentlichkeit. Diese dritte Seite erscheint als Notwendigkeit, andererseits aber auch als ein ständiger Faktor, dessen Funktionieren und eigene Interessen eine eigenständige Sphäre konstituieren. Mit einem gewiss vereinfachenden Vergleich wird so die dritte Seite zu einer primären Mediatorin der Ereignisse, die wirklich vermit-

telt. Gerade mit dieser, einerseits noch kaum umrissenen und andererseits in jedem konkreten Fall sich anders gestaltenden Mediationsfunktion hängen aber auch all die problematischen Momente der neuen Krieg-Frieden-Thematisierungen zusammen. Es entsteht eine neue Kraft, gewiss notwendig und unvermeidlich. Sie erfüllt aber eine so komplexe und bestimmende Mediationsfunktion, die sich – nach Marshall McLuhans These – aus einem Medium in eine Botschaft verwandelt. Daher auch die weiteren Legitimationsprobleme. Was nämlich als Medium legitim ist, ist nicht mehr unbedingt legitim als eigene oder gar als selbständige Botschaft.<sup>3</sup>

Die semantische Verschiebung strahlt in jede mögliche Richtung aus und zieht stilistische, moralische, atmosphärische, soziologische und viele andere Konsequenzen nach sich. Wie angedeutet, sind aber gerade die heuristischen Konsequenzen die bedeutendsten, denn sie bestimmen ganze Verfahrensreihen, Strategien, Kategorisierungen. Auf die Ebene der politischen Wissenschaften transponiert, entscheiden die heuristischen Konsequenzen, wie und mit welcher Begrifflichkeit eine Fragestellung wissenschaftlich problematisiert wird. So wird es beispielsweise im Umfeld dieser Verschiebung beinahe unmöglich, zwischen Konflikt und bewaffnetem Konflikt sowie zwischen bewaffnetem Konflikt und Krieg zu unterscheiden. Welche Konsequenzen das für die demokratische Öffentlichkeit im globalen Maßstab haben wird, ist leicht nachzuweisen. In einer globalen Welt wird die Chance, ein solides Bild von der Welt zu haben, dadurch entscheidend minimiert.

Die schwieriger werdende Identifizierung der Phänomene ist aber kein rein semantisches Problem. Die semantische Aufweichung ergibt sich vielmehr deutlich aus der Entfernung von der durch Clausewitz gegebenen Basis-Definition. Diese Qualität der Beschreibung eines Phänomens könnte auch an sich zum Gegenstand einer wissenschaftslogischen Untersuchung werden. Es dürfte wohl nicht allgemein bekannt gewesen sein, welche große und beinahe superlativistische Anerkennung Clausewitz von Seiten der Philosophen umgab.<sup>4</sup> Eine große Anzahl der Philosophen war gezwungen, sich in einer konkreten historischen Situation mit der Problematik des Krieges auseinanderzusetzen. In dem Moment aber, als sie auf Clausewitz stießen, verwandelte sich ihr von außen geleitetes Interesse in eine aufrichtige Bewunderung für dessen Werk. Im Zuge dieser Bewunderung übernahmen sie schnell dessen Ausgangspunkt und erhoben Clausewitz dadurch zu einem wahren Klassiker.

---

<sup>3</sup> K. Kraus beschrieb in *Die letzten Tage der Menschheit*, dass an der Front manchmal Ereignisse geschehen, weil sich die führende Berichterstatteerin, die unvergessliche Frau Schalek, gerade dort aufhielt.

<sup>4</sup> S. Günter Dill (Hrsg.), *Clausewitz in Perspektive*, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1980.

In positiver Sicht war es in Clausewitz' Lösung die beinahe minimalistische Evidenz, das Wesen des Krieges in der Politik identifiziert zu haben. Fast noch wichtiger als diese Meisterleistung war aber die Bedeutung dieser Definition in negativer Hinsicht. Denn der regelmäßige und professionelle Bruch von Tabus, der ja im Krieg eine Alltagserscheinung ist, verlangt in der Reflexion eine Erklärung, die auf der theoretischen Ebene diesem Exzellenzphänomen Paroli bieten kann.

Es ist unter den Bedingungen unserer Denkkultur notwendig, bei der Erklärung eines Kriegsphänomens die tieferen kulturellen und/oder zivilisatorischen Fragen zu beantworten. Im Falle einer zu starken Betonung solcher Erklärungen wird aber der Schwerpunkt von der Politik und der internationalen Ebene auf das Niveau der Reflexion verlagert, was dann letztlich das Erkenntnisinteresse der Politik und der Gesellschaft nicht mehr befriedigen kann.<sup>5</sup>

Durch diese fast minimalistisch anmutende Evidenz erzielt Clausewitz' Definition eine Rationalität, die wegen der Natur des spezifischen Gegenstandes auch noch eine moralische Dimension aufweist. Durch das klare Ausschließen von irrationalen Erklärungen verschafft sie eine gewisse *seelische Hygiene* bei der Klärung und Erklärung dieses am schwersten zu verstehenden Phänomens. Sie disqualifiziert Mythologien und esoterische Erklärungen, ganz zu schweigen von jenen alten und neuen metaphysischen Erklärungsmustern, die Kriege immer wieder kurzschlüssig als seinsgeschichtliche und schicksalhafte Ereignisse erscheinen lassen.<sup>6</sup>

Die Problematik des Krieges ist gleichzeitig auch ein deutliches Beispiel dafür, wie die semantische Transformation in die Veränderung der Heuristik hinübergeht. Durch diese semantische Verschiebung büßt nämlich auch die klassische Definition von Clausewitz ihre Gültigkeit und Relevanz zu einem großen Teil ein. Die direkte Definition des Krieges wird komplizierter und gleichzeitig auch willkürlicher. Zufällige Akteure der Politik und der Medien können in der Bestimmung einer Situation als Krieg wichtig werden. Zu diesem Umfeld der Willkürlichkeit können sich schließlich auch noch Momente gesellen, die heute noch nicht als allgemein verbreitet gelten. Man stelle sich etwa vor, dass in einem internationalen Konflikt einige Akteure zur privaten Wirtschaft gehören und dann die Persönlichkeitsrechte der Söldner zum

---

<sup>5</sup> Ganz exemplarisch enthält diese Logik Leo Tolstois schriftstellerische Reflexion über die Gründe des Krieges in seinem großen Roman *Krieg und Frieden*. Dort ist auch die Einsicht enthalten, dass man ohne die Komponente des Politischen diese Frage nicht beantworten kann.

<sup>6</sup> Gerade hier liegen die Schwachpunkte des Verfahrens, wenn man Konflikte für notwendig erklärt.

Vorwand genommen werden, über diesen Konflikt nicht ausreichend zu berichten.

Die Evidenz, die Geltung, wenn man will, die Ästhetik der Definition von Clausewitz stammt aus seinem theoretisch relevanten Ansatz, so dass ihre semantische Transformation eine Wahrheitsqualität verdrängt, die so spontan nie wieder zu kommen pflegt. Clausewitz leistete nämlich auf einem genuin philosophischen Feld Bedeutendes. Er kategorisierte ein Gegenstandsfeld, welches bis dahin noch nicht kategorisiert worden war. Wenn die ersten Schritte in die falsche Richtung gehen, ist die Konsequenz nicht nur eine falsche, das heißt später zu überholende Beschreibung, sondern falsche Vorstellungen, die ins Vakuum des nicht gültigen semantischen Raumes hineindrängen.

Carl Schmitt, der in seiner Würdigung von Clausewitz vermutlich eine seiner hervorragendsten analytischen Leistungen vollbrachte, kam in seinem Gedankengang zur Einsicht in das *Labyrinth der Legitimitäten*.<sup>7</sup> Der Stellenwert der Legitimität im Kontext des Krieges weist zunächst zurück auf das Politische, dessen Fortsetzung ja der Krieg selber ist. Die Tatsache aber, dass die Legitimität nicht genuin eine Dimension des Krieges, sondern eine der Politik ist, kann nicht vergessen machen, dass Legitimität in einer potenzierten Form die Problematik des Kriegs bestimmt. Durch die in unserem Versuch im Mittelpunkt stehende semantische Verschiebung verändern sich folglich auch die Rahmenbedingungen für die Feststellung der Legitimität der einzelnen Akteure. Carl Schmitts treffender Ausdruck *Labyrinth der Legitimitäten* versinnbildlicht gleichsam die neue Situation im Verhältnis des Politischen zum Kriege.

Das *Labyrinth der Legitimitäten* wird im wahrsten Sinne des Wortes ein konkretes Phänomen im Falle von internationalen Konflikten, die von einer dritten Kraft bearbeitet und betreut werden. Denn letztlich liefert das Menschenrechtsdenken die Legitimierung für die Konstituierung so einer dritten Kraft.

Die Möglichkeit, die Gedankenwelt der Menschenrechte in der internationalen Politik und im internationalen Recht zur Geltung zu bringen, gilt auch in diesem Zusammenhang als einer der aktuellsten und im wahrsten Sinne des Wortes zeitgemäßesten Versuche, die für die neue Beschaffenheit des Staates, oder des Nationalstaates, von entscheidender Bedeutung sein können. Dass dieser Versuch, worüber noch in vielen unterschiedlichen Kontexten die Rede sein wird, ein genuin neoliberaler ist, versteht sich von selbst, so dass wir auch von einer neoliberalen Ausdehnung des internationalen Rechts sprechen können.

---

<sup>7</sup> Siehe Clausewitz in Perspektive, a.a.O., S. 419.

Die neoliberale Ergänzung des internationalen Rechts ist zutiefst mit einer konkreten und weltpolitisch relevanten Form der Globalisierung verbunden und also nicht mit der Globalisierung par excellence assoziiert. Über diese relevante Form – wenn man will Realisation oder Manifestation – der Globalisierung müssen wir uns in diesem Kontext nicht ausführlich äußern, denn unser Thema ist die Möglichkeit der Ausdehnung des internationalen Rechts durch den Neoliberalismus, im Konkreten durch das Menschenrechtsdenken. Da nicht einmal der neoliberale Charakter des aktuellen Globalisierungsprozesses ein ganz konkretes Modell involviert, da es, wie gesagt, mehrere neoliberale Variationen desselben gibt, können wir auch über den neoliberalen Komplex in derselben Allgemeinheit reden, wie wir es im Falle der Globalisierung tun müssen. Über diesen Komplex müssen wir – wie es sich von selbst versteht – aus dem Grunde unbedingt reden, weil diese Idee der Ausdehnung des internationalen Rechts durch Menschenrechtsdenken unverkennbar neoliberalen Ursprungs ist. In einem Konflikt nahmen bis jetzt vornehmlich nur die zwei Kontrahenten teil, von nun an aber drei. Eine Neuverteilung von Kompetenzen und Legitimitäten nimmt ihren Anfang.

**Autor:** Prof. Dr. Endre Kiss,  
Budapest.

**Ernst Voit**

## **Söldner-Militarismus im 21. Jahrhundert**

Vor 100 Jahren – 1907 – erschien Karl Liebknechts Schrift *Militarismus und Antimilitarismus*. Unmittelbar nach Erscheinen verfügte das Königliche Amtsgericht Leipzig auf Antrag des Reichskriegsministers die Beschlagnahme der Broschüre, und das Deutsche Reichsgericht verurteilte Karl Liebknecht wegen Hochverrats zu eineinhalb Jahren Festungshaft. Das war nur folgerichtig. Denn in seiner Schrift hatte Karl Liebknecht grundlegende Erkenntnisse zur Problematik des Militarismus und zu den Erfordernissen eines wirksamen antimilitaristischen Kampfes publiziert, die bis heute nicht an Bedeutung verloren haben.

Von unveränderter Aktualität ist Karl Liebknechts Forderung, den Militarismus als ein die gesamte militarisierte Gesellschaft durchdringendes System zu erkennen und zu bekämpfen. „Militarismus tritt danach auf: erstens als Armee selbst, sodann als über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen ..., ferner als ein System der Durchtränkung unsres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste ...“<sup>1</sup>

Von geradezu brennender Aktualität ist Liebknechts Forderung, den Militarismus nicht allgemein und zeitlos, sondern in seiner historisch konkreten Gestalt zu analysieren. Deshalb betonte er: „Der Militarismus ist nichts spezifisch Kapitalistisches. Er ist vielmehr allen Klassengesellschaftsordnungen ... eigen und wesentlich. Freilich entwickelt der Kapitalismus ebenso wie jede andere Klassengesellschaftsordnung seine besondere Sorte Militarismus ...“<sup>2</sup> Für die Gegenwart scheint mir das historisch konkrete Beurteilen auch insofern bedeutsam, weil der Kapitalismus zwar heute weltweit herrscht, aber in Staaten höchst unterschiedlicher Verfassung. Es war deshalb nur folgerichtig, dass Volker R. Berghahn bereits 1986 unter Berufung auf Marek Thee zwischen „dem Militarismus der Entwicklungsländer und dem *Großmacht-Militarismus* der Industriestaaten“ unterschied.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> K. Liebknecht, *Militarismus und Antimilitarismus*, in: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. I, Berlin 1958, S. 308.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 266.

<sup>3</sup> V. R. Berghahn, *Militarismus. Die Geschichte einer internationalen Debatte*, Hamburg, Leamington Spa, New York 1986, S. 157.

## Wehrpflicht-Militarismus

Karl Liebknecht war der Überzeugung, der „kapitalistischen Entwicklungsstufe“ des Militarismus „entspricht am besten das Heer der allgemeinen Wehrpflicht, das aber, obwohl ein Heer aus dem Volk, kein Heer des Volkes, sondern ein Heer gegen das Volk ist, oder mehr und mehr dazu umgearbeitet wird.“<sup>4</sup> Er folgte hier Friedrich Engels, der bereits 1865 mit folgender Begründung die allgemeine Wehrpflicht positiv eingeschätzt hat: „Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser. Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen.“<sup>5</sup> Zugleich meinte Engels, die allgemeine Wehrpflicht sei „ein so enormer Fortschritt gegen alle bisherigen militärischen Einrichtungen, dass ... sie auf die Dauer nicht wieder abgeschafft werden kann. Es gibt nur zwei klar bestimmte Grundlagen für unsere heutigen Heere: entweder Werbung – und diese ist veraltet und nur in Ausnahmefällen wie England möglich – oder allgemeine Wehrpflicht.“<sup>6</sup>

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg schätzte Engels in seinem *Anti-Dühring* ein: „Der Militarismus beherrscht und verschlingt Europa“, denn nunmehr ist in allen europäischen Großstaaten „die Armee der Hauptzweck des Staats, ist Selbstzweck geworden; die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern und zu ernähren.“ Zugleich war Engels der Überzeugung, dass die Masse des Volkes – wenn sie den Willen dazu hat – dank der allgemeinen Dienstpflicht die kapitalistische Ausbeuterordnung überwinden kann. „Auf diesem Punkt schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung. ... Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Armeen *von innen heraus*.“<sup>7</sup>

Dass diese Erwartungen an die aus der allgemeinen Wehrpflicht erwachsenden spezifischen Potenzen für eine sozialistische Revolution nicht völlig unbegründet waren, haben am Ende des Ersten Weltkrieges sowohl die russische Oktoberrevolution von 1917 als auch die deutsche Novemberrevolution von 1918 bewiesen. Insgesamt jedoch hat dieser kapitalistische Wehrpflicht-Militarismus, für den vor allem der Militarismus des deutschen Imperialismus bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges typisch war, nach innen wie nach au-

---

<sup>4</sup> K. Liebknecht, a.a.O., S. 266.

<sup>5</sup> F. Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 16, Berlin 1962, S. 66.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>7</sup> F. Engels, Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, Berlin 1962, S. 158 f.

Ben äußerst effektiv konterrevolutionär gewirkt. Vom Ende des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts beruhte die Rekrutierung der Streitkräfte in den wichtigsten kapitalistischen Staaten auf der allgemeinen Wehrpflicht. Speziell für ihre Kolonialkriege unterhielten einige von ihnen auch Streitkräfte, deren Angehörige als Söldner angeworben wurden. Typisch dafür war die französische Fremdenlegion. Großbritannien unterhielt als einzige europäische Großmacht eine Berufsarmee und führte nur während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges eine allgemeine Dienstpflicht ein.

Inzwischen ist die allgemeine Wehrpflicht für die kapitalistischen Hauptländer aus verschiedenen Gründen historisch überholt. Diese Entwicklung bedeutet eine qualitative Veränderung des kapitalistischen Militarismus, die in den USA begann und dort bis heute am extremsten ausgeprägt ist.

### **Zur Entwicklung des USA-Militarismus**

Die Wehrpflicht-Armee der USA scheiterte im Vietnamkrieg am nicht zu brechenden Widerstand des vietnamesischen Volkes und an der dadurch immer mehr wachsenden Ablehnung dieses Krieges durch die Mehrheit der USA-Bürger. 1973 schafften die USA die allgemeine Wehrpflicht ab und gestalteten ihre Streitkräfte in eine Berufsarmee um. Es war der imperialistische, auf neokolonialistische Beherrschung zielende Charakter der USA-Intervention in Vietnam, an dem ihre Wehrpflichtarmee scheiterte. Und es war genau dieser imperialistische Charakter künftig geplanter Kriege der USA, für die sie ihre Streitkräfte zielstrebig als Söldnerarmee im umfassenden System des USA-Militarismus reorganisierten.

Dieses umfassende System des USA-Militarismus hat kein Geringeres als Dwight D. Eisenhower, hoch dekoriertes General des Zweiten Weltkriegs und seit 1953 Präsident der USA, in seiner Abschiedsbotschaft im Januar 1961 mit dem Begriff *Militärisch-industrieller Komplex* bezeichnet, und er hat die USA-Bürger vor der „Verbindung eines riesigen Militärapparats und einer großen Rüstungsindustrie“ gewarnt. Daraus resultiere jetzt und für die Zukunft das „Potential für einen katastrophalen Anstieg einer an der falschen Stelle ausgeübten Macht.“<sup>8</sup>

Ihren Anspruch auf Weltherrschaft und eine dementsprechende „Neuordnung der Welt“ wollen die USA seit dem Ende des Kalten Krieges in erster Linie mit ihrer beispiellosen militärischen Stärke durchsetzen. So entfielen 2006 von den 1.204 Billionen Dollar Rüstungsausgaben aller Staaten allein 45 Prozent auf die USA und 24 Prozent auf die anderen NATO-Staaten.

---

<sup>8</sup> Nach V. R. Berghahn, a.a.O., S. 109.

Demgegenüber entfielen auf Russland 3 und auf China 4 Prozent.<sup>9</sup> Für Chalmers Johnson sind die USA „nicht das, was zu sein sie vorgeben, sie sind in Wahrheit ein militärischer Moloch, der sich die Welt unterwerfen will.“<sup>10</sup> Er charakterisiert sie als ein „Imperium der Militärbasen“ und betont: „Das amerikanische Imperium der Militärbasen ist kein Ausdruck militärischer Kampfbereitschaft, sondern des Militarismus, jenes unvermeidlichen Begleiters des Imperialismus.“<sup>11</sup> 2001 verfügten die USA weltweit über mindestens 725 Militärstützpunkte außerhalb der USA;<sup>12</sup> nach dem 11. September 2001 errichteten sie in 38 Staaten neue Militärstützpunkte und sind seitdem in 135 der 189 UN-Mitgliedstaaten mit rund 500.000 Soldaten präsent.<sup>13</sup>

Von besonderer Bedeutung ist jedoch, dass der USA-Kapitalismus seinen Militarismus immer perfekter als einen neuen Söldner-Militarismus entwickelte. Bereits 1999 kam Chalmers Johnson zu der prinzipiellen Einschätzung: „Heute ist die US-Armee eine Söldnerarmee, in der vom Pentagon bezahlte Freiwillige Dienst tun.“<sup>14</sup> Der Charakter der US-Streitkräfte als Söldnerarmee wird u.a. auch daran deutlich, dass bis zu 30 Prozent der im Irak eingesetzten Angehörigen der US-Army keine Staatsbürger der USA sind. Mit ihrem Einsatz dort wollen sie erst die Staatsbürgerschaft erlangen. Neben den regulären Streitkräften bilden die Söldner der privaten Militärfirmen, der sogenannten Private Military Contractors (PMCs), das zweite Personalelement des US-amerikanischen Söldner-Militarismus. Immerhin dienen in den privaten Militärfirmen der USA „inzwischen knapp eine Million Privatsoldaten“.<sup>15</sup> Etwa 180.000 dieser *private contractors*, wie die Söldner im US-Jargon heißen, befinden sich zurzeit allein im Irak.<sup>16</sup>

Peter W. Singer macht darauf aufmerksam, dass das US-Verteidigungsministerium bereits zwischen 1994 und 2002 mehr als 3.000 Verträge mit einem geschätzten Auftragsvolumen von über 300 Milliarden Dollar mit diesen privaten Militärfirmen abgeschlossen hat. Zugleich weist er an folgenden Beispielen überzeugend nach, dass diese Aufträge inzwischen weit über solche zur Truppenverpflegung und allgemeinen Logistik hinausgehen. Mehr noch: Sie sollen ganz wesentlich die Voraussetzungen für eine High-Tech-

---

<sup>9</sup> Siehe Freitag vom 25 u. 22.06.2007.

<sup>10</sup> Ch. Johnson, *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, München 2003, S. 10.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>12</sup> Siehe ebenda, S. 11.

<sup>13</sup> Siehe R. Uessler, *Krieg als Dienstleistung*. 2. Aufl., Berlin 2006, S. 49.

<sup>14</sup> Ch. Johnson, *Ein Imperium verfällt*, München 2000, S. 288.

<sup>15</sup> R. Uessler, a.a.O., S. 13.

<sup>16</sup> Siehe R. Rupp, *Theater gegen Blackwater*, in: *junge Welt* vom 27.09.2007.

Kriegführung sichern, auf die sich die USA orientieren. In diesem Sinne hat das US-Verteidigungsministerium „in den letzten Jahren alles Mögliche an Privatfirmen delegiert, von der Unterhaltung von Depots und Stützpunkten bis zur Pilotenausbildung (70 Prozent outgesourct). Privatisiert wurden auch die Wartung und Administrierung einiger strategischer Waffensysteme: Stealth-Bomber B-2, Stealth Düsenjäger F-117, Betankungsflugzeuge KC-10, Spionageflugzeuge U-2 sowie zahlreiche Überwasserschiffe der US-Marine. Sogar die Computer- und Kommunikationstechnik am Sitz des North American Defense Command (NORAD) im Cheyenne Mountain, wo die nuklearen Gegenschläge der USA koordiniert werden, ist privatisiert worden.“<sup>17</sup>

Die personellen und materiellen Voraussetzungen für das massenhafte Entstehen privater Militärfirmen waren mit der historisch beispiellosen Freisetzung von militärischem Personal und Militärtechnik nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden. So hatte zum Beispiel der jetzige Vizepräsident der USA Dick Cheney in seiner Zeit als US-Verteidigungsminister (1989 – 1993) die Zahl der in den US-Streitkräften dienenden aktiven Soldaten von 2,1 Millionen auf 1,3 Millionen reduziert. Zugleich beauftragte er seine Stammfirma Halliburton mit einer 3,9 Millionen Dollar teuren Studie zu prüfen, „welche Aufgaben sich beim Militär privatisieren ließen. Die Vorschläge gingen sehr weit. Letztlich schuf Halliburton so diesen Markt für sich selbst, denn die Firma gehört bis heute zu den größten Profiteuren der Privatisierung der US-Armee.“<sup>18</sup>

Das alles gilt aber nicht nur für die USA, deren Streitkräfte seit 1973 eine Berufsarmee sind. Nach Eric Hobsbawm erleben wir heute generell „eine Rückkehr zum privaten Unternehmertum im Krieg.“ Denn es gibt seit dem Ende des Kalten Krieges „die Tendenz, die allgemeine Wehrpflicht selbst in den Ländern abzuschaffen, deren Armeen bislang überwiegend aus Wehrpflichtigen bestanden. Der allgemeine Trend geht dahin, sich auf den Einsatz von hochqualifizierten Berufssoldaten zu beschränken. Dieser Prozess eröffnet natürlich Privatunternehmen ein Betätigungsfeld.“<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup>P. W. Singer, Die Kriegs AGs, Frankfurt a.M. 2006, S. 39 ff.

<sup>18</sup>U. Ladurner, Blutige Willkür der Söldner, in: Die Zeit, Nr. 40 vom 27.09.2007, S. 23.

<sup>19</sup>E. Hobsbawm, Das Gesicht des 20. Jahrhunderts, München, Wien 2000, S. 22.

## Ursachen des neuen kapitalistischen Söldner-Militarismus

Die Hauptursache dafür, dass die herrschende Klasse der USA und der meisten mit ihr verbündeten hoch industrialisierten kapitalistischen Staaten die allgemeine Wehrpflicht inzwischen abgeschafft haben, oder kurz davor stehen, sie abzuschaffen, ergibt sich daraus, dass die von ihnen geplanten Kriege nichts mehr mit Landesverteidigung zu tun haben, sondern ausschließlich zu tiefst ungerechte weltweite imperialistische Interventionskriege mit neokolonialistischer Zielsetzung sind. Dass Wehrpflichtarmeen dafür nicht taugen, hat bereits das Scheitern der einst mächtigen US-amerikanischen Wehrpflichtarmee im Krieg gegen das Volk Vietnams deutlich gemacht hat.

Für den Tatbestand, „dass die Staaten des 21. Jahrhunderts ihre Kriege bevorzugt mit Berufsarmeen oder sogar mit privaten Vertragspartnern für Kriegsdienstleistungen führen“, nennt Eric J. Hobsbawm als Hauptursache: Es „ist das Vertrauen der Bürger in den Staat so sehr gesunken, dass man nicht mehr Millionen darauf verpflichten kann, für ihr Vaterland zu sterben.“<sup>20</sup> An anderer Stelle beurteilte Hobsbawm diese Problematik treffend so: „Man kann zwar Bomben werfen, aber man kann nicht kämpfen. Und es kann vorkommen, dass Bomben allein nicht ausreichen.“<sup>21</sup> Eben das zeigte sich bei der Aggression der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, den die NATO-Streitkräfte als reinen High-Tech-Luftkrieg zur Zerstörung der jugoslawischen Infrastruktur und ohne eigene Verluste führen konnten, weil ihnen als Bodentruppen die Söldner der albanischen UCK dienten, die mit einem Standardhonorar von 4000 Dollar pro Monat entlohnt wurden.<sup>22</sup>

## Wehrpflicht-Diskussion in Deutschland

Inzwischen haben die Aggressionskriege der USA und der NATO gegen Afghanistan und den Irak deutlich gemacht, dass die überfallenen Völker durch Luftangriffe allein weder zu besiegen noch erneut zu kolonisieren sind. Dennoch halten die USA und ihre Satelliten bis heute an dieser für den heutigen kapitalistischen Imperialismus wesensbestimmenden Strategie einer von ihnen auch mittels Krieg zu beherrschenden Welt fest.

Um was es dabei letztlich geht und worauf einflussreiche Kreise in Deutschland die Bundeswehr seit langem einzustimmen versuchen, hat die Zeitschrift der Bundeswehr *Truppenpraxis* bereits 1996 mit großer Offenheit so definiert:

---

<sup>20</sup>Derselbe, Mobile Staatsbürger, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, August 2004, S. 4.

<sup>21</sup>E. Hobsbawm, Das Gesicht des 21. Jahrhunderts, a.a.O., S. 68.

<sup>22</sup>Siehe P. W. Singer, a.a.O., S. 82.

„Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts fanden zwischen wohlhabenden Staaten statt. Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt in Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen.“<sup>23</sup> Sehr konkret wurde daran die Frage geknüpft: „Sind Deutschland und die Bundeswehr wirklich mit aller Konsequenz bereit, sich auf Gegner einzulassen, die nichts zu verlieren haben?“ Denn: „Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“<sup>24</sup>

Für den heute vom deutschen Imperialismus verfolgten globalen militaristischen Interventionismus verkündete Bundesverteidigungsminister Peter Struck am 05.12.2002 die inzwischen gängige Propaganda-Formel: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Welche Konsequenzen das letztlich hat, verdeutlichte das Nachrichtenmagazin Der Spiegel, als es am 20.10.2006 eine Bilanz des bisherigen Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan veröffentlichte und das ganze Heft 47/2006 unter die Losung stellte: „Die Deutschen müssen das Töten lernen – Wie Afghanistan zum Ernstfall wird.“ Und das hängt natürlich ganz wesentlich damit zusammen, dass die Häufigkeit, mit der militaristisch orientierte deutsche Politiker die Propaganda-Formel von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch propagieren, noch nichts über deren Glaubwürdigkeit aussagt. Zu Recht betonte der eher konservative deutsche Militärexperte Christoph Bertram in einem Artikel zum Auftrag der Bundeswehr zu dieser Formel: „Der Satz ist schlicht falsch. In Afghanistan geht es nicht um die Sicherheit Deutschlands.“ Und: Nicht nur unsere Soldaten werden sich fragen, was sie eigentlich am Hindukusch zu suchen haben; auch die Bürger werden auf Dauer Operationen nicht unterstützen, die sie unter einem unglaublichen Etikett gutheißen sollen.“<sup>25</sup>

Auf diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass inzwischen auch in Deutschland zunehmend offener über die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee diskutiert wird. Das um so mehr, nachdem seit 1990 bereits die Alt-NATO-Staaten Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal und Spanien die Wehrpflicht abgeschafft und mit dem Hauptziel, ihre Streitkräfte für Auslandseinsätze zu professiona-

---

<sup>23</sup>R. Herden, Die neue Herausforderung (1). Das Wesen künftiger Konflikte, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung. Heft 02/1996, S. 70.

<sup>24</sup>Derselbe, Die neue Herausforderung (2). Die Wandlung des Gegners vom Soldaten zum Krieger, in: ebenda Heft 03/1996, S. 144.

<sup>25</sup>Ch. Bertram, Stabilisieren, nicht kämpfen, in: Die Zeit, Nr.45 vom 02.11.2006, S. 5.

lisieren, in Berufsarmeen umgewandelt haben. Die USA, Großbritannien, Kanada und Luxemburg unterhielten solche bereits während des Kalten Krieges.<sup>26</sup> Vor allem, um die Einsatzkräfte zu stärken, die „weit von der Heimat operieren könnten“, hat kürzlich auch der polnische Verteidigungsminister gefordert, die ursprünglich für 2012 geplante Umstellung der polnischen Streitkräfte auf eine Berufsarmee erheblich zu beschleunigen.<sup>27</sup>

Für die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee wird vor allem mit dem Hinweis auf die seit längerem nicht mehr bestehende Gerechtigkeit bei der Realisierung der Dienstpflicht als Soldat oder Zivildienstleistender votiert. So zum Beispiel jüngst die evangelische Landesbischöfin Käßmann mit der Bemerkung, dass in der aktuellen Musterungspraxis in Deutschland rund 80.000 Mann eines Jahrgangs gar nicht mehr gemustert werden. Außerdem stünden 85.000 Zivis nur noch 65.000 Wehrdienstleistende gegenüber. Zu dem immer wieder für die Erhaltung der Wehrpflicht vorgebrachten Argument, man brauche sie für die Zivildienstleistenden in den Pflegediensten, erklärte die Bischöfin ausdrücklich: „Die Wohlfahrtsverbände seien auf eine Abschaffung der Wehr- und damit auch der Zivildienstpflicht vorbereitet.“<sup>28</sup> Es war deshalb sicher nicht zufällig, dass auch das zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften beigelegte Magazin der EKD *chrismon* im Juli dieses Jahres eine Diskussion zu dieser Problematik unter der recht eindeutigen Überschrift führte: „Wer soll in die Bundeswehr? Söldner oder Zwangsverpflichtete?“<sup>29</sup>

Wichtiger ist die militärstrategische und militärpolitische Begründung für die Abschaffung der Wehrpflicht auch in Deutschland. So betonte Wilfried v. Bredow in einem Grundsatzartikel: „Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat die Wehrpflicht ausgedient. ... In Westeuropa hielten sich bis zum Zusammenbruch des Sowjetsozialismus noch Vorstellungen einer Bedrohung durch östliche Massenarmeen, gegen die man sich wappnen musste. Aber damit ist es jetzt vorbei. Alles spricht dafür, dass die Wehrpflicht, aus der Perspektive militärischer Notwendigkeit betrachtet, heute als anachronistisch anzusehen ist, jedenfalls in Nordamerika und in Europa. Entsprechend haben die meisten Staaten in diesem Teil der Welt die Wehrpflicht abgeschafft. ... Es

---

<sup>26</sup>Siehe R. Siemens, Wehrpflicht: Der deutsche Sonderweg, in: DIE LINKE im Bundestag (Hrsg.), Schwarzbuch zur Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands, Berlin 2007, S. 117.

<sup>27</sup>Siehe Neues Deutschland vom 20.11.2007.

<sup>28</sup>Epd-Wochenspiegel, Nr. 36/007, S. 9.

<sup>29</sup>Chrismon, Nr. 07/2007, S. 20 ff.

wird höchste Zeit für Bundeswehr und Gesellschaft, sich auf die Zeit ohne Wehrpflicht und Zivildienst einzustellen.“<sup>30</sup>

Unter dem Gesichtspunkt unseres antimilitaristischen Kampfes scheint es mir wichtig zu sein, dass in Deutschland nach wie vor eine Grundeinstellung bei der Mehrheit des Volkes besteht, die zu durchschauen vermag, dass die *Verteidigung am Hindukusch* nichts mit Vaterlandsverteidigung zu tun hat, weshalb der heutige kapitalistische Imperialismus mit zunehmender Militarisierung seiner Außenpolitik letztlich Söldner braucht, die bereit sind, für entsprechende Bezahlung in diesen Interventions- und Aggressionskriegen zu kämpfen.

In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, dass Rolf Clement, Leiter der Abteilung Hintergrund des Deutschlandfunk, in einem Grundsatzartikel zum 50. Jahrestag der Bundeswehr einschätzt, dass gerade im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr „das Wort von der ‚Militarisierung der Außenpolitik‘ ... zu einem recht gewichtigen Argument gegen diesen neuen Kurs in Deutschland werden konnte.“ Denn, so betont er: „Die eigentlich antimilitaristische Grundhaltung der Bevölkerung, die schon zu ihrer Gründerzeit die Bundeswehr begleitete, hat sich im Kern bis heute erhalten. ... 50 Jahre nach der Gründung hat sich die Bundeswehr durch ihr Wirken für den Frieden in Deutschland und der Welt Respekt erworben, aber mehr auch nicht. Und so bleibt das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zerbrechlich.“<sup>31</sup>

**Autor:** Prof. Dr. Dr. Ernst Woit,  
Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

---

<sup>30</sup>W. v. Bredow, Melancholischer Abschied, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.08.2004.

<sup>31</sup>R. Clement, Bürgerbundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu Das Parlament, Berlin, Nr. 21/2005 vom 23.05.2005, S. 4.

**Horst Sylla**

## **Wie Phönix aus der Asche - Militarisierung der BRD**

Alle Bestrebungen, nach dem Ende des Kalten Krieges eine demokratische Friedensordnung zu entwickeln, werden durch die Dominanz des Militarismus weiterhin verhindert.

Der Militarismus ist in Deutschland bekanntlich historisch entstanden. Er verkörpert das Netzwerk der inneren Verhältnisse eines Staates (einer Staatengemeinschaft), in der militärische Grundsätze, Wertbestimmungen und Ziele in der Politik in allen Staatsfunktionen und gesellschaftlichen Bereichen Dominanz erlangt haben.

Die Verknüpfung des Militärischen mit der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschaft, der Kultur, den Medien sowie den Geheimdiensten und der Polizei dient ausschließlich der Sicherung des herrschaftspolitischen Systems zur Erreichung der geopolitischen Kernziele. Seine Ausprägung erfolgt, entsprechend den nationalen Interessen, im staatstragenden Einvernehmen mit unterschiedlicher Intensität.

Geradezu typisch widerspiegelt sich das in Deutschland. Hierzu eine kurze Reminiszenz.

Die Herausbildung des modernen Militarismus in Preußen und Deutschland begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts und war eng verknüpft mit der Entwicklung des Kapitalismus. An der Militarisierung hatte die Bourgeoisie ein direktes politisches und ökonomisches Interesse, denn sie garantierte die Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse, sicherte den Erhalt und die Erweiterung der Profitquellen im Ausland sowie die Staatsaufträge zur Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte. Der Militarismus bekam in der deutschen Gesellschaft eine staatstragende Funktion und wurde somit systemimmanent. Im 20. Jahrhundert wurde er jedoch, in Wahrnehmung der Interessen seiner Auftraggeber, in zwei Weltkriegen mit verheerenden Folgen vernichtend geschlagen. Das deutsche Weltmachtstreben war total gescheitert. Historische Lehren aus diesen Katastrophen wurden jedoch wiederholt ignoriert.

Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches ist danach im hohen Maße militarisiert geblieben. Unter dem Bruch des Potsdamer Abkommens, das die völlige Beseitigung des preußisch-deutschen Militarismus forderte, erfolgte die Remilitarisierung. Nach der bedingungslosen Kapitulation unterstützten die Westalliierten die notwendigen Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtapparates. Die Fahnen wurden gewechselt, die Vertreter des Militarismus aber sind geblieben. Pro forma legte die

Bundesrepublik in dieser Zeit militärische Zurückhaltung an den Tag. Verschleiert wurde diese Entwicklung vor allen durch die Selbstdarstellung als *Zivilmacht Deutschland*. In diesem Kontext blieb die Hülle eines demokratischen Staates – das Dekor der machtausübenden Volksvertreter und der Rechtsstaatlichkeit – erhalten. Der Grad der Militarisierung hatte sich jedoch durch die angebliche *Bedrohung aus dem Osten* systematisch erhöht.

Zur Erweiterung des militärischen Drohpotentials der NATO leistete die remilitarisierte Gesellschaft der Bundesrepublik einen bedeutenden Beitrag. Sie überholte seine Nachbarn nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. „Tatsächlich hat sich die Bundesrepublik im Verlaufe der siebziger Jahre zu einer starken Militärmacht entwickelt, die, gestützt auf ein beachtliches rüstungswirtschaftliches Potential und die zweitstärksten konventionellen Streitkräfte in der NATO, erheblichen Einfluss auf die Politik und Strategie des Militärbündnisses ausübt. ... Seit Anfang der siebziger Jahre liegt die Bundesrepublik, nachdem sie Frankreich und Großbritannien überflügelt hatte, hinsichtlich des Gesamtumfangs ihrer jährlichen Militärausgaben sowie der Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung und auch des Anteils am Gesamthaushalt innerhalb der NATO auf dem zweiten Platz hinter den USA. ... Auf dieser Basis – Streitkräfte und Rüstungspotential – konnte die Bundesrepublik ihre Positionen in der NATO beständig ausbauen“.<sup>1</sup> Die Details der historischen Ereigniskette sind weitgehend bekannt und hier nicht im Einzelnen darzulegen.

Nach der Beendigung des Ost-West-Konfliktes blieb die Kontinuität der Militarisierung erhalten. Anstelle einer Friedensdividende hat sich das militärische Denken in der Außen-, Innen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nach Vorgaben der USA neu orientiert. Als Bundeskanzler forderte Gerhard Schröder „die Enttabuisierung des Militärischen“. Es steht außer Frage, dass ein tief greifender Wandel erfolgte, der während des Ost-West-Konfliktes undenkbar war. Besonders sichtbar ist das an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den unverhohlenen Forderungen nach gesetzlichen Regelungen zu ihrem Einsatz im Inneren. Dazu wurden neue Bedrohungsursachen ausgemacht, die den Einsatz staatlicher Gewalt, bis zum Einsatz der Bundeswehr, alternativlos erscheinen lassen. Auslandseinsätze der Bundeswehr gehören nunmehr zur Routine. Die Kongo-Mission wird in der Truppe als Beweis *für die Entgrenzung von Einsätzen* angesehen. Der Militäreinsatz als Mittel der Politik braucht in der Bundesrepublik keine Fundierung mehr. Er wurde sogar auf dem Balkan und in Afghanistan von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Parlament mit initiiert und vom Verfassungsgericht abgesegnet. Leitartikler und militärpolitische Kommentatoren würdigten diese Entwicklung mit der Bewertung: *Deutschland ist endlich wieder*

---

<sup>1</sup> W. Bartels, Pulverfass Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1984, S. 21/22.

*normal geworden*. Vieles spricht dafür, dass heute der Militarismus in der Bundesrepublik nach den USA zum zweiten Zentrum geworden ist. Allerdings darf sie ihre *vitalen Interessen* nur in unbedingter Gefolgschaft der USA wahrnehmen.

Festzustellen ist, dass wir es vom Bundeswehreinsatz in Kambodscha bis zur *Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch* mit einer systematischen Steigerung der militärischen Komponente in der deutschen Politik zu tun haben. Hintergründe und Zusammenhänge werden gegenwärtig mit den *grundlegenden Veränderungen im Sicherheitsumfeld*, mit angebliche *neuen Risiken* und *Bedrohungen* verschleiert. Tatsächlich handelt es sich hierbei um die militärische Sicherung des ungehinderten Zugangs zu Energie-, Rohstoffressourcen und Märkten in aller Welt. Die Manager, die niemand gewählt hat, sprechen von Chancen und Gefahren des globalisierten Wirtschaftens und die Politiker von weltweiten Bedrohungen zweifelhafter Art. Was unbekannt ist, toleriert bekanntlich jegliches Bedrohungsszenario. In diesem Kontext fordern die tatsächlichen Machthaber die weitere Militarisierung auf internationaler Ebene. „Die politische, wirtschaftliche, ökologische und auch die militärischen Dimensionen müssen zusammengedacht, aber auch zusammengebracht werden“.<sup>2</sup> Also muss die Frage gestellt werden, welche Dimensionen gemeint sind, wer sie definiert und wer davon profitiert?

Die Antwort geben die Weißbücher der Bundesregierung. Im Weißbuch 2006 heißt es: „Die in der Vergangenheit bewährten Strategien zur Abwehr äußerer Gefahren – wie Abschreckung und Einhegung – reichen gegen die neuen asymmetrischen, hauptsächlich auch durch nichtstaatliche Akteure verursachten Bedrohungen nicht aus. Deshalb bedarf es für eine wirkliche Sicherheitsvorsorge eines präventiven, effektiven und kohärenten Zusammenwirkens im nationalen wie internationalen Rahmen, einschließlich einer wirksamen Ursachenbekämpfung. ... Die Bundeswehr beschreitet seit Jahren konsequent den Weg des Wandels zu einer Armee im Einsatz und verändert sich dabei tief greifend. ... Deutsche Sicherheitspolitik beruht auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff. ... Den Risiken und Bedrohungen muss mit einem abgestimmten Instrumentarium begegnet werden“.<sup>3</sup>

Die *neuen Herausforderungen*, die die *neue Rolle der Bundeswehr* bestimmen, beziehen sich auf theoretisch angenommene Möglichkeiten und nicht auf Wahrscheinlichkeiten. Im Prinzip sind es amerikanische, also von ihren Geheimdiensten bearbeitete Bedrohungsanalysen. „Sie entwickeln sich zu einer Doktrin der Täuschung oder Selbsttäuschung“.<sup>4</sup> Entscheidend sind aber die Vorhaben zur weltweiten

---

<sup>2</sup> G. Schröder, Rede vor der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik 1999.

<sup>3</sup> Weißbuch 2006, Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung.

<sup>4</sup> E. Bahr, Zwischen Protektorat und Selbstbestimmung. Europa im Spannungsfeld von Amerika und Russland, aus: Zur Lage der Nation, Berlin 2001, S. 168.

Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Aktivitäten bis zur gewaltsamen Interessenausdehnung. Und bei Notwendigkeit wird, unter dem Deckmantel von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, mit *humanitären und Friedenseinsätzen* militärisch nachgeholfen. Deutschland *muss über ein angemessenes Kontingent für friedens-erzwingende Maßnahmen verfügen*. Der Generalinspekteur garantiert, *dass diese Armee nun überall in der Welt eingesetzt werden könne*. Abermals soll am deutschen Militärwesen die Welt genesen.

Diese Einsätze verursachen hohe Kosten. Sie werden hinsichtlich des Umfangs sowie räumlich und zeitlich nicht begrenzt. Die Politik kann *den Soldaten keine Perspektive für ein Ende der Einsätze aufzeigen* und beschließt, trotz Erfolglosigkeit alljährlich *die Verlängerung des Mandats* zur Fortsetzung der militärischen Dienstleistung für die großen Geschäftemacher. Für diese *Abwehr terroristischer Gefahren* erhält man auch die erforderliche Zustimmung der Volksvertreter und den Segen der Verfassungshüter.

Die Verflechtung zwischen Wirtschaftlichem, Politischem und Militärischem ist allgegenwärtig, die Regierung und das Parlament agieren unverblümt als politischer Arm der führenden Wirtschaftsunternehmen. „Und wo der Diplomat scheitert, folgt immer häufiger, immer unverfrorener – der General. Wenn Verhandlungen Märkte nicht öffnen, tun es Bomben, und die Verheerungen, die sie anrichten, schaffen gleich neue dazu. Haben Düsenjäger ihre Arbeit getan, landen wieder die noblen und stilleren Jets der Geschäftsleute“.<sup>5</sup>

Vitale Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik sind wiederum durch das militärische Denken geprägt und haben durchaus imperiale Züge. Das deutsche Großmachtstreben der Vergangenheit ist wieder auf bestem Wege. Das Militärische hat in den internationalen Beziehungen seinen führenden Einfluss wiedererlangt. Exkursartig seien weitere Fakten lediglich angedeutet:

Nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages engagierte sich die Bundesregierung höchst aktiv bei der Osterweiterung der NATO. Zunächst ebnete sie Tschechien, Polen sowie Ungarn und danach den baltischen Staaten den Weg, indem sie die Regierungen und Militärs für die Aufnahme vorbereiteten. Zur schnellen Erreichung der NATO-Standards gab die Bundeswehr den Beitrittsländern umfangreiche Unterstützung bei der Neuorganisation, Ausbildung, Ausrüstung und strategischen Ausrichtung ihrer Streitkräfte. Wobei diese Länder nicht zuletzt zur Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben gedrängt wurden und die Bundesrepublik einträgliches Rüstungsgeschäfte machte. Bei der Aufnahme in die Europäische Union war die deutsche Hilfe nicht so dringlich und wesentlich bescheidener. Diese *Beiträge* haben zweifellos zu einer neuen sicherheitspolitischen Spaltung Europas geführt.

---

<sup>5</sup> S. Wagenknecht, Kapitalismus im Koma. Eine sozialistische Diagnose, edition ost, Berlin 2003, S. 132.

Getragen vom militärischen Denken unterbreitete der Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2005 Vorschläge zur Reform der NATO, damit sie flexibel auf Bedarf und Auftrag reagieren kann. Dabei ging es um das deutsche Geltungsbedürfnis bei der politischen, strukturellen und geographischen Erweiterung ihrer Funktionen. Der Wunsch war der Vater des Gedankens. Die Europäer, forderten die USA, sollten sich dringend um die Steigerung ihrer militärstrategischen Leistungsfähigkeit kümmern. Das bedeutet, die Fähigkeiten der Streitkräfte müssen dem erweiterten Aufgabenspektrum im 21. Jahrhundert entsprechen. Ganz nebenbei vereinbarten dazu in den Hinterzimmern Politiker, Militärs und Rüstungsmanager neue Aufträge. Ein Jahr später lautete die deutsche Botschaft: „Die europäische Sicherheitsstrategie, das strategische Konzept der NATO und die National Security Strategy der Vereinigten Staaten bilden eine geeignete Grundlage für einen vertieften Dialog über die weitere Gestaltung unserer gemeinsamen Sicherheitsagenda.“<sup>6</sup> Auf der 43. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik kritisierte der russische Präsident Wladimir Putin die militärische Schablone des Blockdenkens. „Es ist bekannt, dass die Problematik der internationalen Sicherheit viel breiter ist als die Fragen der militärisch-politischen Stabilität.“<sup>7</sup>

Entsprechend ist auch die Militärpolitik der Bundesregierung in der Europäischen Union. Durch ihren aktiven Einfluss wurden bereits verbindliche militärpolitische Entscheidungen getroffen. Es wurden Beschlüsse zur Schaffung europäischer Streitkräfte und die Erhöhung der Rüstungsausgaben beschlossen. Die Offenlegung der wahren Motive ist nicht zu erwarten, schließlich geht es um die Existenzsicherung des europäischen Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Auf gut deutsch: Die Bundesrepublik braucht Ressourcensicherheit, sonst kann die Wirtschaft nicht überleben – und dazu braucht man ein handlungsfähiges Militärbündnis.

Bei der unkontrollierten Jagd nach Höchstprofit hat die bundesdeutsche Rüstungswirtschaft auch im internationalen Waffenhandel einen Spitzenplatz eingenommen. Entgegen allen Abrüstungsbeteuerungen und bescheidenen Entwicklungshilfen exportiert sie Rüstungsgüter und -lizenzen in Länder außerhalb der NATO und sogar in Konfliktregionen. Dabei werden auch Waffenembargos umgangen, weil sie mittlerweile unkontrollierbar sind, denn der staatliche Waffenhandel unterliegt der Geheimhaltung. Gezahlt wird mit Geld, Bodenschätzen und Rohstoffen. Ein Beitrag zur Friedenssicherung oder Konfliktminimierung ist das wohl nicht, denn solange positive Bilanzen zu Buche stehen, hat die Wirtschaft das Primat. Demzufolge darf man von der Bundesregierung kaum Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle erwarten.

---

<sup>6</sup> A. Merkel, 42. Konferenz für Sicherheitspolitik, München 2006.

<sup>7</sup> W. Putin, 43. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, München 2007.

Bleibt festzustellen: Der deutsche Militarismus hat unter den Bedingungen der Globalisierung neue Entfaltungschancen erhalten und nichts von seiner Rolle eingebüßt. Entgegen einem kooperativen Sicherheitsansatz, wie er einst in der Charta von Paris beschlossen wurde, wird die Militarisierung, geprägt von den geopolitischen Interessen, allseitig fortgesetzt. Auf der Basis der neoliberalen Politik gewährleistet sie heute weiterhin die militärische Absicherung deutscher Wirtschaftsinteressen.

Erwiesenermaßen können weder mit Krieg und Aufrüstung noch mit neuen militärischen Plänen die vitalen Interessen der Menschheit gesichert werden. Der Gewalt vorbeugen, statt sie weiter zu entfalten, die Strukturen schaffen, die den Krieg wie den Terror endgültig aus dem internationalen System verbannen, erfordert neue Konzepte für den antimilitaristischen Kampf. Die Anwendung der alten Spielregeln des Kapitals, mit ihren Machtbalancen, Einflusszonen, Rüstungsgeschäften und Militäreinsätzen, muss weltweit verhindert werden. Der weiteren Militarisierung kann nur durch ein Netzwerk aller Friedenskräfte begegnet werden. Beunruhigend ist die politische Gleichgültigkeit der Mehrheit.

Leider gibt es nur sehr zaghafte Wortmeldungen, die die wahren Konflikt- und Kriegsursachen öffentlich zugeben. Nur eine größtmögliche Koalition des nichtmilitärischen Denkens, des friedlichen Wollens und ein vernunftgemäßes Handeln können alle Bedrohungen ausschließen. Wer nach Antworten und Lösungen auf Fragen und Probleme der Entmilitarisierung im 21. Jahrhundert sucht, kommt an der Kritik des politischen Systems, der tatsächlichen Machtverhältnisse, nicht vorbei.

Horst Sylla,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.



Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.  
**Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“**

- Heft 77: **Geopolitisches und militärstrategisches Denken in der Russischen Föderation.**  
Beiträge: Rolf Lehmann, Hans-Werner Deim, Horst Großmann, Joachim Klopfer,  
Egbert Lemcke,  
Dresden 2005, 139 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 78: **Die Friedensfrage in der gegenwärtigen Epoche.** Beiträge zum 10. Dresdner  
Symposium für eine globale Friedensordnung am 19. November 2005,  
Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Scheler, Endre Kiss,  
Dresden 2006, 54 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 79: **Für eine Welt ohne Krieg.** Gibt es Wege zu einem sicheren Frieden?  
14. Dresdner Friedenssymposium am 11. Februar 2006.  
Beiträge: Steffi Belke, Peter Strutynski, Tobias Pflüger, Jörg-Uwe Laasch, Horst Schneider,  
Reuven Moskovitz, Jana Hodurova,  
Dresden 2006, 58 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 80: **50. Jahrestag der NVA.** Ansichten und Wertungen. Vorwort: Wolfgang Scheler.  
Beiträge: Paul Heider, Horst Sylla,  
Dresden 2006, 50 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 81: **Zur Bewertung militärischer Optionen gegen das Nuklearprogramm des Iran.**  
Beiträge: Hermann Hagen, Ernst Voit, Dresden 2006, 22 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 82: Siegfried Schönherr, **Neuer Imperialismus - neue Formen der  
Rüstungsfinanzierung**, Dresden 2007, 40 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 83: **Ideologie des neuen Imperialismus und ihre Positionen zu Krieg und Frieden.**  
11. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 18. November 2006.  
Beiträge: Erich Hahn, Horst-Dieter Strüning, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Harry Pursche,  
Lothar Glaß, Siegfried Schönherr,  
Dresden 2007, 60 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 84: **Traditionen in Bundeswehr und Nationaler Volksarmee.**  
Beiträge: Winfried Heinemann, Paul Heider,  
Dresden 2007, 32 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 85: **Friedensdiplomatie statt Militärintervention.** Für Frieden im Nahen Osten nach dem Vorbild  
der KSZE,  
15. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2007.  
Beiträge: Steffi Belke, Wolfgang Gehrcke, Horst Schneider, Mechthild Tschierschky,  
Dresden 2007, 24 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 86: Wilfried Schreiber, **Von einer Militärdoktrin der Abschreckung zu Leitsätzen  
entmilitarisierter Sicherheit (1987 – 1990).** Ein Zeitzeugenbericht,  
Dresden 2007, 114 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 87: Frank Preiß, **Militärpolitik und Streitkräfte der Republik Belarus,**  
Dresden 2007, 98 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 88: Rudolf Oelschlägel, **Dien Bien Phu – Entscheidungsschlacht im Dschungel,**  
Dresden 2007, 46 Seiten; 3,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über  
Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>